



# Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Vilzmann, Adrian:

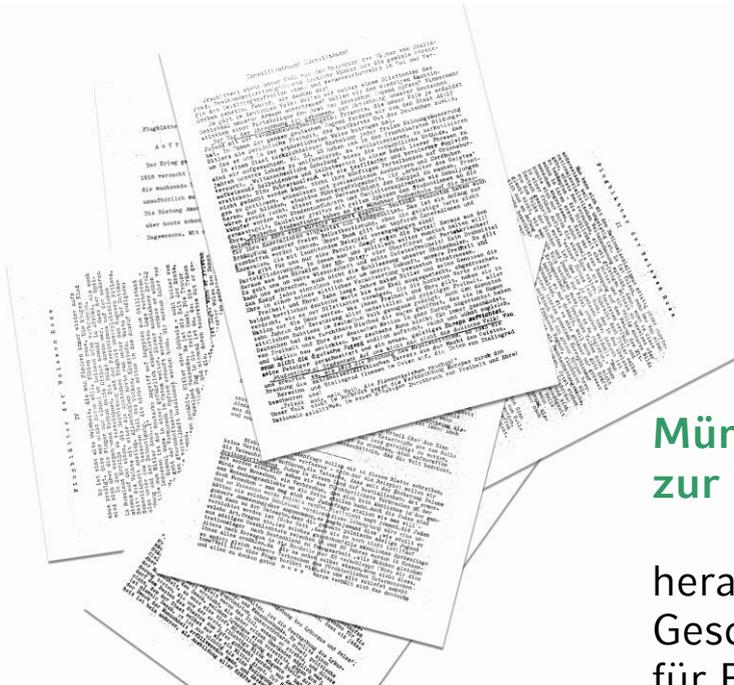
Wann agiert die deutsche Außenpolitik unilateral?

**Bachelorarbeit, Wintersemester 2020**

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.73363>



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

**2020**

Adrian Vilzmann

**Wann agiert die deutsche  
Außenpolitik unilateral?**

---

Bachelorarbeit bei  
Prof. Dr. Bernhard Zangl  
2020

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungsverzeichnis</b> .....	II
<b>1 Ein neuer Politikstil des ‚Germany First‘?</b> .....	1
<b>2 Deutschlands unilaterale Außenpolitik bei Nord Stream 2</b> .....	5
<b>3 Theoretische Grundlagen</b> .....	8
3.1 Neorealistische Außenpolitiktheorie.....	8
3.2 Utilitaristisch-liberale akteursorientierte Außenpolitiktheorie.....	11
<b>4 Forschungsdesign</b> .....	13
4.1 Methodik, Theorie- und Fallauswahl.....	13
4.2 Operationalisierung der Variablen.....	14
<b>5 Theorie-geleitete Analyse deutscher Außenpolitik bei Nord Stream 2</b> .....	17
5.1 Neorealistische Außenpolitikanalyse.....	17
5.1.1 Die Entwicklung der relativen Machtressourcen Deutschlands.....	17
5.1.2 Die Polarität des internationalen Systems.....	20
5.1.3 Einschätzung der relativen Machtposition Deutschlands.....	21
5.1.4 Deutschlands Außenpolitik bei Nord Stream 2 als Machtpolitik.....	22
5.2 Utilitaristisch-liberale Außenpolitikanalyse.....	23
5.2.1 Interessenprofile politisch-administrativer und privater Akteure.....	23
5.2.2 Dominante politisch-administrative und private Akteure bei Nord Stream 2...26	
5.2.3 Kategorisierung des Politiknetzwerks bei Nord Stream 2.....	29
5.2.4 Deutschlands Außenpolitik bei Nord Stream 2 als Gewinnpolitik.....	32
<b>6 ‚Germany First‘ – Macht- oder Gewinnpolitik?</b> .....	33
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	III
<b>Anhang</b> .....	IX
<b>Eigenständigkeitserklärung</b> .....	XII

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 – Geographischer Verlauf der Nord Stream Pipelines.....	5
Abbildung 2 – Relative Entwicklung der deutschen Militärausgaben.....	18
Abbildung 3 – Relative Entwicklung der deutschen Truppenstärke.....	18
Abbildung 4 – Relative Entwicklung des deutschen BIPs.....	19
Abbildung 5 – Relative Entwicklung des deutschen Exportvolumens.....	19
Abbildung 6 – Relative Entwicklung der deutschen Bevölkerung.....	20

## 1 Ein neuer Politikstil des ‚Germany First‘?

Die transatlantischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA befinden sich spätestens seit dem republikanischen Regierungswechsel im Weißen Haus Anfang 2017 in einer tiefen Krise. Die Liste der aktuellen deutsch-amerikanischen Kontroversen ist lang. Als bedeutendste Streitpunkte können die amerikanische Kündigung des Iran-Atomabkommens, der amerikanische Austritt aus dem INF-Vertrag und dem Pariser Klimaabkommen, die kontinuierlichen deutschen Exportüberschüsse, die u. a. zum außenwirtschaftlichen Leistungsbilanzdefizit der USA beitragen würden, sowie der unter dem 2 % - Ziel der Nordatlantikpakt Organisation (NATO) liegende deutsche Verteidigungsetat genannt werden. Dennoch bezeichnete die deutsche Bundeskanzlerin Merkel, anlässlich eines Staatsbesuchs des US-Außenministers Pompeo in Berlin Ende 2019, die USA als engsten außereuropäischen Verbündeten Deutschlands; beide Länder seien vertraute Freunde und wichtige Partner in internationalen Angelegenheiten (phoenix 2019). Allerdings wird diese Freund- bzw. Partnerschaft derzeit durch einen weiteren zentralen Dissens strapaziert: den Bau der Erdgaspipeline Nord Stream 2 (NS2) zwischen Russland und Deutschland in der Ostsee. Während bei vielen transatlantischen Konflikten ein alt bekanntes Wiedererstarken des unilateralen Primats des „*America First*“ zu beobachten ist (Skidmore 2005, S. 224f), das innerhalb Deutschlands und der EU überwiegend beschwichtigende bis passiv abwehrende Reaktionen provoziert (Rittberger & Zelli 2003, S. 210-215), wird der proaktive Part im Fall NS2 seitens einer offensiv unilateral agierenden deutschen Außenpolitik (DAP) übernommen – *ein neuer Politikstil des ‚Germany First‘?*

Der Blick in die Forschungsliteratur verrät, dass sich die wissenschaftliche Debatte zur DAP zumeist um die Frage dreht, wie Deutschlands Auftreten auf der internationalen Bühne am überzeugendsten konzipiert werden kann. In dem Zusammenhang stehen die Konzepte der realistischen deutschen Zentralmacht in Europa (Schwarz 1994), des liberalen deutschen Handelsstaates (Staack 2000) sowie der konstruktivistischen deutschen Zivilmacht (Harnisch & Maull 2001). 1990 initiierte die deutsche Wiedervereinigung einen neuen zentralen Diskurs um die Frage, inwiefern deutsche Außenpolitik eher von Kontinuität oder Wandel geprägt sowie von Werten oder Interessen geleitet ist bzw. sein wird. Konstruktivisten erwarteten die Kontinuität einer werte- und normengeleiteten kooperativen DAP mit dem Fokus auf *soft power* Politikansätzen, beeinflusst durch die deutsche Kultur militärischer Zurückhaltung, eine konsens- und dialogorientierte Diplomatie und Vermittlerrolle sowie eine wachsende

europäische Identität (Maull 2007). Liberale erwarteten ebenfalls eine kooperative deutsche außenpolitische Kontinuität, die aber primär, der Wohlstandsmaximierung Deutschlands verpflichtet, den außenwirtschaftspolitischen Interessen folgen und die marktwirtschaftliche Entwicklung eines globalisierten freien Welthandelssystems fördern werde (Staack 2007). Die Wandlungsthese wurde hingegen von neorealistischen Überlegungen vertreten, die nach dem Zerfall der Sowjetunion, und damit dem Ende der bipolaren internationalen Machtstruktur, den Weg frei sehen für den Aufstieg eines relativ mächtigeren Deutschlands in Europa, das gegen die amerikanische Dominanz innerhalb des Westens und der NATO rebellieren und eine eigenständige Machtpolitik verfolgen werde (Baumann 2007), die auch die deutsche Aneignung von Nuklearwaffen umfasst (Mearsheimer 1990, S. 6-8).

Bis zur Jahrtausendwende fruchteten konstruktivistische Ansätze einer deutschen Zivilmacht und deren außenpolitische Kontinuitätsprognosen empirisch am fundiertesten (Harnisch 2000, S. 32; Rittberger & Wagner 2001, S. 317f). Anfängliche Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr in Kampfgebieten außerhalb von NATO-Staaten deuteten zwar einen ersten außenpolitischen Wandel an, wurden aus konstruktivistischer Perspektive aber als durch die externen Rollenerwartungen deutscher Bündnispartner bedingte Ausnahmen interpretiert, denen kein aktiv gestalterischer Charakter seitens der DAP nachgesagt werden kann (Harnisch 2000, S. 32; Risse 2004, S. 31). Diese Auffassung blieb jedoch nicht unumstritten; so argumentierte beispielsweise Hellmann (2002, S. 499f), dass die out-of-area-Einsätze der Bundeswehr nur einen weiteren validen Indikator eines signifikanten Wandlungsprozesses der Identität DAP markieren würden. In der Tat veränderte sich parallel dazu auch das Vokabular im deutschen außenpolitischen Diskurs. Hierzu stellte Baumann (2002, S. 20f) fest, dass realistische bzw. liberale Termini wie „nationales Interesse“ oder „Eigeninteresse“ von einem Schattendasein 1990 bis Anfang der 2000er Jahre dominierend wurden. Ebenso erfuhr die Bedeutung der Formel *deutsche internationale Verantwortung* eine fundamentale Transformation: aus dem Plädoyer für mehr multilaterale Lösungsansätze und einer strikten Ablehnung jeglicher Machtpolitiken wurde der Appell, sich für mehr globale Mitspracherechte einzusetzen und auch vor internationalen Militäreinsätzen nicht mehr per se zurückzuschrecken (ebd.). Damit einher ging auch eine Intensivierung von Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikten zwischen den transatlantischen Bündnispartnern in Fragen der Menschenrechts-, Umwelt- und Sicherheitspolitik – bei letzterer v. a. über den legitimen Umgang mit „Schurkenstaaten“ – sowie über die Selbst- bzw. Fremdwahrnehmung der jeweils eigenen weltpolitischen Mission

(Mayer, Rittberger & Zelli 2003, S. 34-40). Mit dem deutschen *Nein* zum US-geführten Irakkrieg 2003 gipfelte die Reihe deutsch-amerikanischer Kontroversen schließlich in einer ersten nennenswerten außenpolitischen Wandlung respektive „außenpolitischen Emanzipation“ Deutschlands (Forsberg 2005, S. 225f). Spätestens nach der deutschen Enthaltung im UN-Sicherheitsrat bei der v. a. durch die USA forcierten Resolution zur militärischen Intervention bzw. Errichtung einer Flugverbotszone während des Bürgerkriegs in Libyen 2011 mussten dann auch Konstruktivisten eingestehen, dass es sich nicht mehr nur, wie acht Jahre zuvor beim Irak angenommen, um einen „utilitaristischen Sündenfall“ handeln kann (Mauß 2004, S. 17), sondern dass das alte kontinuierlich orientierte Rollenkonzept einer idealistischen deutschen Zivilmacht, die definitiv treu an der Seite ihrer traditionellen Bündnispartner steht, nicht mehr zeitgemäß ist (Mauß 2011, S. 114) und mindestens einer Aktualisierung bedarf (Mauß 2015, S. 338f). Ferner wurde argumentiert, dass die einzigen Konstanten DAP seit der Jahrtausendwende vielmehr Ausdruck des Primats der eigenen nationalen Interessen sind, wie einflussichernde Strategien und Führungsansprüche in internationalen Organisationen – als Paradebeispiel gilt das nachhaltige Bemühen Deutschlands um einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat –, ein stärkerer Hang zur zwischenstaatlichen Bilateralisierung bzw. zum „multilateralism by demand“ sowie die sukzessive Lockerung der deutschen Westbindung demonstrieren (Hellmann 2011, S. 51; Kappel 2014, S. 348f; Roos 2012, S. 34). Geradezu exemplarisch kann dabei auch die deutsche Neujustierung des außenwirtschaftlichen Fokus, weg vom alten Allianzpartner USA, hin zum neuen „Netzwerkpartner“ China, angesehen werden, die in erster Linie nur durch interessenbasierte höhere Exportpotenziale begründet scheint (Ebert & Flesmes 2016). Hinzu tritt eine neue deutsche „Leadership Performance“ innerhalb Europas während der letzten zehn Jahre im Rahmen der Finanz-, der Ukraine- und der Flüchtlingskrise (Mauß 2018, S. 93-97).

Die bis hierher aus der Forschung angeführten Aspekte deuten unmittelbar auf die Evidenz eines kontinuierlichen Veränderungsprozesses DAP hin, welche sich immer mehr den eigenen Interessen nach „realpolitisch“ emanzipiert. Da erste tiefgreifende Anzeichen eines Wandels, z. B. die oben genannte abwehrende Reaktion Deutschlands auf die aggressive US-Außenpolitik im Irak-Fall (oder auch später im Libyen-Fall), bestenfalls als „passiver Unilateralismus“ gewertet werden können (Rittberger 2003, S. 12f), lässt die Frage aufwerfen, wann die Emanzipation DAP aus eigenem Antrieb weiter voranschreitet und sie auch „offensiv unilateral“ gegen ihre traditionellen Bündnispartnern agiert. Crawford und Olson (2017, S. 591) gehen

diesbezüglich davon aus, dass der hierfür notwendige außenpolitische Handlungsspielraum Deutschlands bereits geschaffen ist, dessen manifeste Entfaltung jedoch durch selbstauferlegte normative Zwänge weiterhin verhindert wird. Das eingangs genannte empirische Beispiel der unilateralen DAP gegenüber den USA bei NS2 kann diese Annahme jedoch entschieden zurückweisen. Die nachfolgende Arbeit versucht daher dieses Puzzle aufzugreifen. Anhand einer y-zentrierten, theoriegeleiteten empirischen Analyse wird folgender Forschungsfrage nachgegangen: *wann bricht Deutschland außenpolitisch ‚offensiv unilateral‘ aus dem transatlantischen Konsens mit den USA aus?*

Die Untersuchung wird im Rahmen einer qualitativen Einzelfallanalyse am Fallbeispiel des Projekts NS2 mithilfe zweier rationalistischer Theorien erfolgen, deren Analysefähigkeit in puncto DAP zugleich neu getestet wird. Am Ende wird also bewertet werden, welche Theorie für das fallspezifische offensiv unilaterale Agieren Deutschlands – das im nächsten Abschnitt kurz chronologisch nachskizziert wird – eine überzeugendere Erklärung liefern kann. Fortan werden die zu testenden Außenpolitiktheorien des Neorealismus und des utilitaristischen akteurorientierten Liberalismus näher erörtert. Danach wird das dieser Arbeit basale Forschungsdesign vorgestellt, um im nächsten Schritt mit der theoriegeleiteten Fallanalyse beginnen zu können. Abschließend werden die Forschungsergebnisse noch prägnant resümiert und kritisch reflektiert.

## 2 Deutschlands unilaterale Außenpolitik bei Nord Stream 2

Das Projekt NS2 (Abb. 1) dient der Erweiterung der ersten beiden Nord Stream Pipelines um zwei weitere Stränge, die das von Russland nach Deutschland durch die Ostsee transportierte Erdgasvolumen auf 110 Mrd. Kubikmeter pro Jahr verdoppeln soll. Dabei durchquert die Pipeline die Hoheitsgewässer von Finnland, Schweden und Dänemark, in denen sie jeweils neben Russland und Deutschland ein Genehmigungsverfahren durchlaufen musste. Der finanzielle Aufwand für die Verlegungsarbeiten wird auf bis zu zehn Milliarden Euro veranschlagt und von der in der Schweiz residierenden Projektgesellschaft Nord Stream 2 AG geplant, koordiniert und nach der Baufertigstellung betrieben. Nachdem die Aufteilungspläne der Unternehmensanteile der Nord Stream 2 AG in 50 % russische und 50 % europäische Hand aufgrund



Abb. 1: Geographischer Verlauf der Nord Stream Pipelines <sup>1</sup>

wettbewerbsrechtlicher Bedenken der polnischen Kartellbehörde verworfen wurden, gehört sie nun zu 100 % der russischen Gazprom AG, die mit über 50 % Aktienanteil als russischer Staatskonzern fungiert. So sind die europäischen Konzerne, die deutschen Unternehmen Uniper (ehemals E.ON) und Winterschall (BASF-Tochter), die österreichische OMV, die

<sup>1</sup> Bildquelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung (2019), Zugriff am 03.07.2020, verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/nord-stream-2-muss-jetzt-schnell-fertig-werden-16532781/karte-nordstream-ii-16532748.html>

französische ENGIE sowie die britisch-holländische Shell, nur noch als Finanzinvestoren mit jeweils 10 % an dem Pipelinebau beteiligt – dementsprechend entfällt eine erhöhte Mitsprache innerhalb der NS2-Projektgesellschaft durch Europa, und NS2 ist die erste Pipelineverbindung, die ausschließlich durch Russland/Gazprom kontrolliert wird. (Lang & Westphal 2016, S. 7 & 10)

Nach der deutsch-russischen Planungsvereinbarung 2015 regte sich bei einigen, v. a. osteuropäischen Regierungschefs großer Widerstand gegen das Bauvorhaben, sodass sie unverzüglich eine europäische Gipfel-Erklärung initiierten, die die EU aufgrund sicherheitspolitischer Bedenken geschlossen gegen NS2 positionieren sollte – die Erklärung wurde von Bundeskanzlerin Merkel (CDU) mit deutschem Veto verhindert (FAZ 2015a). Unterstützung erfuhr die Kanzlerin dabei von Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD), der „ideologische Scheingefechte“ in Europa verurteilte und die Pipeline als bedeutendes privatwirtschaftliches Projekt im Interesse Deutschlands verteidigte, das freilich an Bedingungen wie die Aufrechterhaltung der Ukraine als Gastransitland<sup>2</sup> oder die Einhaltung des deutschen und europäischen Rechts<sup>3</sup> geknüpft sei (FAZ 2015b). Da die Verbindung zweier Märkte mit einer Transportpipeline eine europäische Gesetzeslücke darstellte, von deutschem Recht aber abgedeckt wurde und in die Zuständigkeit der nationalen Behörden fiel, versicherte Bundeswirtschaftsminister Gabriel bei seinem Russlandbesuch, dass Deutschland sich dafür einsetzen werde, dass die rechtliche Regulierung im Kompetenzbereich seines Ressorts erhalten bleibt (Lang & Westphal 2016, S. 15). Die EU-Kommission versuchte daraufhin die Gesetzeslücke zu schließen und Deutschland die NS2-Verhandlungen mit Russland zu entziehen, was von Bundeskanzlerin Merkel prompt zurückgewiesen wurde (FAZ 2017b).

Zum selben Zeitpunkt verabschiedete der US-Kongress mit einem breiten Bündnis aus Demokraten und Republikanern ein Gesetz, das der US-Regierung u. a. ermöglicht, am Gaspipelinebau bzw. -betrieb beteiligte und mit Russland in Verbindung stehende Unternehmen zu sanktionieren (Lohmann & Westphal 2019, S. 3f). Nachdem die erste amerikanische Kritik an NS2 von US-Präsident Obama auf der Hannover Messe 2016 in Deutschland auf weitgehende Ignoranz stieß, wurde nun vom neuen deutschen Außenminister Gabriel unter Zuspruch von Bundeskanzlerin Merkel und der neuen Bundeswirtschaftsministerin Zypries (SPD) die

---

<sup>2</sup> u. a. ein zentraler sicherheitspolitischer Kritikpunkt der osteuropäischen Staaten und der USA.

<sup>3</sup> u. a. ein zentraler rechtlicher Kritikpunkt der EU-Kommission.

Vermischung von US-Sanktionspolitik mit US-Wirtschaftsinteressen<sup>4</sup> umgehend als neuer Tiefpunkt in den transatlantischen Beziehungen verurteilt (FAZ 2017a). US-Präsident Trump hingegen verteidigte die Sanktionen und missbilligte, dass Deutschland mit NS2 seine Energiesicherheit durch größere Abhängigkeit von Russland untergrabe und daher genau dem Land Milliardenzahlungen transferiere, vor dem es im Rahmen der NATO von den USA beschützt werden möchte (FAZ 2018). Untermauert wurde die amerikanische Haltung noch einmal vom deutschen US-Botschafter Grenell, der den an NS2 beteiligten deutschen Unternehmen in separaten Briefen direkt Sanktionen androhte; was der neue deutsche Außenminister Maas (SPD) entschieden verurteilte und die US-Politik darauf hinwies, dass europäische Energiepolitik immer noch in Europa entschieden werde (FAZ 2019a). Der neue Bundeswirtschaftsminister Altmaier (CDU) fügte dem hinzu, dass NS2 die notwendigen Genehmigungen der Anrainerstaaten erhalten habe und die deutsche Bundesregierung sich daher verpflichtet fühle, sich nicht willkürlich in Unternehmensprojekte einzumischen (FAZ 2019b).

Mittlerweile konnte die EU-Kommission einen Kompromiss bzgl. einer Änderung der EU-Gasrichtlinie erzielen und die oben genannte Gesetzeslücke schließen: Fortan dürfen u. a. Besitz und Betrieb von Pipelines nicht mehr durch die selbe Hand erfolgen (FAZ 2019c). Da NS2 an einer solchen Regelung scheitern würde, konnte Deutschland für sich jedoch „Sonderregeln“ aushandeln, durch die es Ausnahmen national definieren kann (ebd.). Der Bundestag stimmte daraufhin umgehend mit einer Mehrheit aus CDU/CSU, SPD und FDP für die Implementierung der neuen EU-Gasrichtlinie ins deutsche Energiewirtschaftsgesetz, um für NS2 schnellstmöglich Rechtssicherheit zu schaffen (Spiegel 2019).

Die US-Abgeordneten beschlossen indessen ein neues Sanktionsgesetz, das sich v. a. gegen die Betreiberfirmen der Verlegerschiffe von NS2 richtet, worauf in Deutschland einige Stimmen Gegensanktionen ins Spiel brachten; die Bundesregierung wies jene inneren Forderungen aber zurück und beließ es bei einer geschlossenen Verurteilung der neuen extraterritorialen US-Sanktionen als völkerrechtswidrig und Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands – sie beteuerte sodann erneut ihr Festhalten an dem rein ökonomischen Projekt (FAZ 2019d).

---

<sup>4</sup> 2016 begann in den USA ein Produktionsboom von Flüssiggas (LNG, liquefied natural gas) mittels Fracking-Technologie, das auch in die EU exportiert wird. Der LNG-Preis ist jedoch in Relation zum russischen Pipelinegas aufgrund höherer Transport- und Produktionskosten auf dem europäischen Gasmarkt weniger konkurrenzfähig. NS2 würde das russische Gasangebot weiter erhöhen, wodurch eine Preisreduktion zu erwarten ist, die den amerikanischen LNG-Preis in Europa noch unattraktiver gestaltet. (Bardt, Schaefer, Westphal, Wolf und Zachmann 2018, S. 3f)

### 3 Theoretische Grundlagen

Grundsätzlich kann unter Außenpolitik das grenzüberschreitende Außenverhalten von Nationalstaaten zu anderen politischen Akteuren der Internationalen Beziehungen wie Staaten, internationalen Organisationen oder transnationalen Nichtregierungsorganisationen gefasst werden (Baumann, Hellmann & Wagner 2014, S. 14f). Das internationale System, in dem Außenpolitik stattfindet, ist gekennzeichnet durch eine anarchische Struktur ohne ein souveränes (legales) Gewaltmonopol über und ohne feste kollektive Identität unter den politischen Akteuren; so spielt für letztere v. a. strategisches Denken und rationales Handeln eine entscheidende Rolle (Zangl & Zürn 1994, S. 82). Zwei Außenpolitiktheorien, die eine solche rationalistische Akteurdisposition teilen, sind die des Neorealismus und des utilitaristischen akteurorientierten Liberalismus; sie werden im Folgenden näher ausgeführt.

#### 3.1 Neorealistische Außenpolitiktheorie

##### - Die Rationalitätsannahme von Staaten -

Die neorealistische Außenpolitiktheorie nimmt an, dass sich ein Staat als Einheit im Sinne eines eigennützigen und zweckrationalen *homo oeconomicus* verhält, der Entscheidungen auf der Basis individueller Kosten-Nutzen-Abwägungen trifft. Die internationalen Strukturbedingungen schaffen bestimmte Anreize und Zwänge, mit denen sich Staaten konfrontiert sehen und nach denen sie ihre außenpolitischen Handlungen ausrichten. Staaten, die nicht nach dieser Systemlogik handeln, drohen negative Konsequenzen, die im schlimmsten Fall deren Untergang bedeuten. Rationale Staaten sind sich dieser Gefahr jedoch bewusst und versuchen sich daher den systemischen Zwängen entsprechend angemessen zu verhalten, sodass sie ihr essenzielles Ziel, das eigene staatliche Überleben, gewährleisten können. (Baumann, Rittberger & Wagner 1999, S. 247-249; Rittberger 2004, S. 9)

##### - Außenpolitische Interessen und Strategien von Staaten -

Da kein internationaler Souverän existiert, sind Staaten gezwungen, sich selbst zu helfen. Dabei dient *Sicherheit* elementar dem eigenen Überleben und somit der Bewahrung der eigenen territorialen Integrität und Souveränität. Die anarchische internationale Systemstruktur sorgt zudem dafür, dass Staaten ihren außenpolitischen Zielen umso erfolgreicher nachgehen können, je größer ihre relativen Machtkapazitäten im Vergleich zu anderen Staaten sind. *Macht*

ist demnach eine Fähigkeit, die Staaten erst ermöglicht, die eigenen Ziele international durchzusetzen. Die Anarchieeigenschaft des internationalen Systems spielt also eine herausragende Rolle bei der Bildung grundlegender außenpolitischer Interessen von Staaten: nationale Sicherheit und möglichst große Macht. Vollkommene Sicherheit gilt für alle Staaten jedoch als unerreichbar, da die angenommene internationale Knappheit dieses Guts ein permanentes egoistisches Ringen der Staaten nach dem Erhalt bzw. Ausbau der eigenen Sicherheit provoziert. (Baumann et al. 1999, S. 249; Rittberger 2004, S. 14)

Sicherheit kann prinzipiell durch zwei außenpolitische Strategien angestrebt werden: Autonomie- und Einflussstreben – zwei Varianten von Machtpolitik. Dabei folgt die neorealistische Außenpolitiktheorie dem offensiven Neorealismus (Mearsheimer 2001) in seiner Annahme, dass Staaten grundsätzlich bei jeder Entscheidung an der Maximierung ihrer eigenen Macht interessiert sind. Daraus folgt jedoch nicht per se die Erwartung, dass Staaten nur aggressive und expansive Strategien verfolgen. (Baumann et al. 1999, S. 250 & 253f)

Autonomie bezeichnet den Grad der faktischen Unabhängigkeit von anderen internationalen Akteuren bzw. der Möglichkeit, sich der Kontrolle seiner Umwelt zu entziehen. Je weniger die nationale Handlungsfähigkeit insbesondere in sicherheitsrelevanten Politiksektoren (*high politics*) durch internationale Institutionen oder andere Staaten kontrolliert bzw. begrenzt ist, desto größer ist die Autonomie und damit auch die Fähigkeit, im Ernstfall genügend eigene Ressourcen für die Sicherheit des Staates mobilisieren zu können (Macht als „*control over resources*“). (Baumann et al. 1999, S. 250f; Rittberger 2004, S. 14)

Einfluss kennzeichnet die Fähigkeit, Kontrolle über seine Umwelt bzw. andere Staaten auszuüben. Je nachhaltiger der eigene Einfluss speziell in den *high politics* auf andere Akteure ist, desto besser kann ein Staat den Einsatz fremder Ressourcen und (kollektiver) Entscheidungen kontrollieren und so seine Sicherheit optimieren (Macht als „*control over actors and outcomes*“). Auch in weniger sicherheitsrelevanten Politikfeldern (*low politics*) haben Staaten ein Interesse, ihre Ziele im internationalen Wettbewerb via ausreichend Einfluss durchzusetzen. Einflusstategien können sowohl direkt und bilateral unter der Ausnutzung asymmetrischer zwischenstaatlicher Interdependenzen, als auch indirekt über eine dominierende Performance innerhalb von Allianzen oder internationalen Institutionen bzw. Organisationen (z. B. als Veto-Spieler) erfolgen. (Baumann et al. 1999, S. 251f; Rittberger 2004, S. 15)

- *Machtpolitische Außenpolitik eines Staates als abhängige Variable* -

In der neorealistischen Außenpolitiktheorie wird die abhängige Variable durch eine als Machtpolitik konzipierte staatliche Außenpolitik verkörpert. Die oben genannten Formen machtpolitischer Außenpolitik, autonomiemaximierende Abwehr- und einflussmaximierende Einflusspolitik werden von Staaten gleichermaßen verfolgt, können jedoch in vereinzelter Situationen miteinander kollidieren. So ist es möglich, dass einflussgewinnende Politiken nur mit gleichzeitigem Verlust an Autonomie einhergehen und umgekehrt. Derartige Dilemmata löst der Neorealismus durch den Verweis darauf, dass rationale Staaten immer das potenziell eintretende „*worst-case-Szenario*“ mit einkalkulieren müssen. Demzufolge würde beispielsweise bei einem eskalierenden militärischen Konflikt bloßer Einfluss im Rahmen internationaler Institutionen für den Erhalt der eigenen Sicherheit nur wenig nützen. Auch wenn Staaten zu einem Zeitpunkt ausschließlich von Freunden umkreist seien sollten, kann es langfristig keine krisen-feste Garantie für deren freundschaftlichen diplomatischen Status geben. Im Zweifel müssen Staaten daher, insbesondere in Angelegenheiten der *high politics*, immer Abwehrpolitiken zu Gunsten der Autonomiesicherung bzw. -erhöhung priorisieren. (Baumann et al. 1999, S. 257 & 266f; Rittberger 2004, S. 15f)

- *Die relative Machtposition eines Staates als unabhängige Variable* -

Prinzipiell verfolgen zwar alle rationalen Staaten eine machtpolitische Außenpolitik, deren tatsächliches außenpolitisches Verhalten divergiert allerdings deutlich. Die neorealistische Außenpolitiktheorie proklamiert als Ursache (unabhängige Variable) hierfür die relative Machtposition eines Staates im internationalen System. Je größer diese ist, desto größer ist auch der machtpolitische Handlungsspielraum und desto wahrscheinlicher ist eine machtpolitische Außenpolitik. Die Machtposition ergibt sich aus dem relativen Kontingent an Machtressourcen („*capabilities*“), die ein Staat in Relation zu anderen Staaten besitzt, und der Polarität des internationalen Systems. Die Machtressourcen werden im Wesentlichen durch materielle Attribute wie militärische und ökonomische Potenziale sowie Territorium- und Bevölkerungsgröße bestimmt. Die Polarität definiert sich durch die konkrete Anzahl der „Machtpole“, ergo der Großmächte im System. Diesbezüglich gilt, bei nicht-bipolaren (uni- oder multipolaren) Systemen besteht grundsätzlich weniger schutzbedürftige Abhängigkeit von einer Großmacht, sodass auch „normale“ Staaten eine selbstbestimmtere machtpolitische Außenpolitik verfolgen können. (Baumann et al. 1999, S. 254-257; Rittberger 2004, S. 19-21)

### 3.2 Utilitaristisch-liberale akteursorientierte Außenpolitiktheorie

#### - Die Rationalitätsannahme gesellschaftlicher Akteure -

Die utilitaristisch-liberale Außenpolitiktheorie nimmt an, dass sich gesellschaftliche Akteure gemäß eines zweckrationalen und eigennutzenmaximierenden *homo oeconomicus* verhalten. Als zentrale Außenpolitik-bestimmende Akteure werden jedoch nicht wie zuvor Staaten als kollektive Einheiten, sondern Individuen angesehen. Diese können sich allerdings zu Gruppen vereinen und so kollektive Akteure bilden. Staaten sind diesem Verständnis nach keine eigenständigen politischen Akteure, sondern dienen den dominierenden innerstaatlichen gesellschaftlichen Akteuren lediglich als Vermittlungsinstitutionen für ihre außenpolitischen Interessen. Die Akteure umfassen sowohl den privaten, als auch den politisch-administrativen Bereich. Unternehmen, Gewerkschaften und Interessengruppen aller Art definieren die privaten Akteure. Politiker und Verwaltungen verkörpern politisch-administrative Akteure (PAS). Allen Akteuren gemein ist ihr Bemühen, das essenzielle Ziel des eigenen gesellschaftlichen Überlebens zu gewährleisten. (Bienen, Freund & Rittberger 1999, S. 3; Rittberger 2004, S. 5 & 18)

#### - Außenpolitische Interessen und Strategien gesellschaftlicher Akteure -

Das eigene Überleben bezweckt nicht allein die physische Existenzsicherung, sondern vielmehr den Erhalt und die Verbesserung des gesellschaftlichen Status in Relation zu anderen sozialen Konkurrenten. Für den Schutz des Überlebens verfolgen die Akteure Strategien zur Sicherung respektive Steigerung immaterieller wie materieller Gewinne im Sinne von Kompetenzen („*Streben nach Macht*“) und Einkommen bzw. Vermögen („*Streben nach Reichtum*“). Welche der beiden Strategien von den Akteuren favorisiert wird, ist i. d. R. von deren sozialer Funktion abhängig; so zielen PAS primär auf die Erweiterung von Kompetenzen (aber auch auf die Steigerung der zur Verfügung stehenden finanziellen Haushaltsmittel), und private Akteure vorrangig auf die Maximierung monetärer Einkommen ab. Generell betrachtet, kennzeichnet aber beide Akteursgruppen das *Gewinnstreben* als ihre Hauptmotivation. Ausgehend von den langfristig weitgehend konstanten, nutzenmaximierenden Grundinteressen der rationalen Akteure können sodann außenpolitische Präferenzen logisch deduziert werden, die abhängig vom jeweils vorliegenden außenpolitischen Handlungskontext variieren. (Bienen et al. 1999, S. 4-7; Rittberger 2004, S. 17-19)

*- Gewinnpolitische Außenpolitik eines Staates als abhängige Variable -*

In der utilitaristisch-liberale Außenpolitiktheorie wird die abhängige Variable durch eine als Gewinnpolitik konzipierte staatliche Außenpolitik verkörpert, die den nutzenmaximierenden Gewinnvorstellungen der innerstaatlich dominierenden gesellschaftlichen Akteure nachkommt. (Bienen et al. 1999, S. 19; Rittberger 2004, S. 19)

*- Interessen dominierender gesellschaftlicher Akteure als unabhängige Variable -*

Die staatliche Außenpolitik und ihre gewinnpolitische Ausrichtung wird bestimmt durch die unabhängige Variable der Interessen bzw. der davon abgeleiteten außenpolitischen Präferenzen der gesellschaftlichen Akteure, die innerhalb eines fallspezifischen innerstaatlichen Politiknetzwerks dominieren. Die Identifizierung dieser Akteure und ihrer Interessen gelingt demnach nur über die Rekonstruktion jenes Politiknetzwerks, das sich je nach Problemstellung bzw. Policy-Sektor unterschiedlich zusammensetzt. Innerhalb des Politiknetzwerks finden unter den Mitgliedern verschiedenste Arten reziproker Interaktionen in Form von Kommunikation, Kooperation und/oder Koordination statt. Die Mitglieder bilden organisierte PAS und private Akteure, die zueinander und jeweils untereinander um außenpolitischen Einfluss konkurrieren. Die Relevanz der Akteure bemisst sich anhand ihrer situativen Mobilisierung und ihrer Organisationsfähigkeit bzw. Entscheidungskompetenz; grundsätzlich gilt: je mobilisierter und entscheidungskompetenter ein Akteur, desto wahrscheinlicher sein Einfluss in einem Politiknetzwerk. Schließlich entscheidet noch der Grad der Autonomie der relevanten PAS gegenüber den privaten Akteuren, wer von beiden wahrscheinlicher die Außenpolitik prägt; grundsätzlich gilt: nur ein hoher Autonomiegrad der PAS garantiert deren alleinige Durchsetzungsfähigkeit. In diesem Fall wird von einem hierarchischen Politiknetzwerk gesprochen. Bei geringem Autonomiegrad der PAS handelt es sich um sozietale Politiknetzwerke. Freilich treten in der Realität oftmals Situationen auf, in denen beide Akteursgruppen signifikante Durchsetzungsfähigkeit besitzen. In solchen „korporatistischen“ Politiknetzwerken sind die Präferenzen beider Akteursgruppen entscheidend. (Bienen et al. 1999, S. 9 & 15-18; Rittberger 2004, S. 22-25)

## 4 Forschungsdesign

In diesem Abschnitt werden grundlegende Komponenten des Forschungsdesigns prägnant diskutiert. Zuerst wird die Methodik, die Theorie- und die Fallauswahl dieser Arbeit erläutert. Anschließend werden die zu testenden Variablen operationalisiert.

### 4.1 Methodik, Theorie- und Fallauswahl

Die methodische Grundlage bildet eine y-zentrierte, qualitative Einzelfallstudie, bei der ein empirisches Phänomen aus der Perspektive zweier Theorien analytisch betrachtet wird. Die primäre Intention dieser Arbeit ist, eine detaillierte Erklärung des empirischen Phänomens anzubieten und gleichzeitig die empirische Erklärungskraft der Theorien zu testen. Durch die Konzentration auf nur einen Fall wird der Tiefe und Präzision der Fallanalyse Priorität vor einer umfassenden Generalisierbarkeit der Ergebnisse eingeräumt (Gschwend & Schimmelfennig 2007, S. 26f).

Bislang wurde in der Literatur zur DAP die Eindimensionalität von Erklärungsansätzen und Versteifung auf einzelne Konzepte kritisiert und empfohlen, künftig vermehrt unterschiedliche theoretische Perspektiven nachzuvollziehen (Enskat 2015, S. 606). Insbesondere Ansätze, bei denen externe wie interne Erklärungsfaktoren betrachtet werden, wurden nahegelegt (Siahamis 2013, S. 108). Diese Arbeit versucht diese Anregungen aufzugreifen. Die neorealistic Außenpolitiktheorie gewährt hierfür eine systemische *top-down-* bzw. *outside-in-*Perspektive, bei der Veränderungen auf der Makroebene (internationales System) kausale Anpassungen staatlicher Außenpolitik implizieren (Brummer & Oppermann 2019, S. 22). Ein diametraler Ansatz dazu, der die „*black box Staat*“ öffnet, wird von der utilitaristisch-liberalen akteursorientierten Außenpolitiktheorie verfolgt. Diese nimmt eine subsystemische *bottom-up-*Perspektive ein, bei der staatliche Außenpolitik durch kausale innerstaatliche Faktoren bedingt wird (Brummer & Oppermann 2019, S. 42). Die Wahl zweier rationalistischer Theorien begründet sich dadurch, dass sie teils antagonistisch zu rein konstruktivistischen Überlegungen auftreten, welche prinzipiell keine emanzipatorische Wandlung DAP hin zu mehr unilateralen außenpolitischen Alleingängen erwarten. Hinsichtlich dessen scheint v. a. der Neorealismus besonders geeignet, da er genau einen solchen „machtpolitischen“ Wandel prognostiziert. Zudem kann so auch seine Erklärungskraft neu getestet werden, die sich für die DAP nach 1990 als schwach und wenig signifikant herausstellte (Duffield 1999, S. 791f; Rittberger

& Wagner 2001, S. 312f). Die Erklärungsversuche des utilitaristischen Liberalismus bzgl. DAP erwiesen sich hingegen als gehaltvoller, v. a. in Fällen, bei denen kalkulierbare materielle Gewinne zur Disposition standen (Rittberger & Wagner 2001, S. 316f; Schrade 1997, S. 284). Zwar erwartet der Liberalismus einerseits auch langfristig keine Wandlung DAP, andererseits geht er jedoch – im Gegensatz zum Neorealismus – nicht davon aus, dass Staaten feste „nationale Interessen“ besitzen, sondern dass diese fallweise variieren können (Rittberger 2004, S. 5).

Die Fallauswahl (siehe Abschnitt 2) begründet sich in erster Linie durch die Aktualität, und weil hier der transatlantische Konflikt primär durch die DAP losgetreten wurde. Auch kann aufgrund des mehrfachen Erlasses von US-Sanktionen gegen NS2 nicht mehr nur von einer bloßen deutsch-amerikanischen „Meinungsverschiedenheit“ gesprochen werden. Der Fall wird fortan als Bestandteil des Policy-Sektors *Energiepolitik* kategorisiert, der wiederum den sicherheitsrelevanten *high politics* zugeordnet werden kann (Umbach 2011, S. 372). Daher müsste i. d. R. speziell der Neorealismus eine besonders starke Erklärungskraft entfalten (Rittberger & Schimmelfennig 1997, S. 10). Im Hinblick auf sein bisher äußerst schwaches Erklärungspotenzial bzgl. DAP könnte aber argumentiert werden, dass sich DAP generell für den Neorealismus politikfeldübergreifend als *hard-case* erweist. Zumal das Thema Energieversorgung in Deutschland traditionell eher unter rein ökonomischen Gesichtspunkten debattiert wird (Umbach 2011, S. 371), und der Nexus zur nationalen Wohlfahrtssteigerung daher auf der Hand liegt, sollte der Fall für den utilitaristischen Liberalismus eher einen *easy-case* darstellen.

## 4.2 Operationalisierung der Variablen

### - Neorealistische UV: Deutschlands relative Machtposition -

Es ist offensichtlich, dass die Machtposition Deutschlands in Relation zur Weltmacht USA kleiner ist. Daher werden an Stelle eines rein statischen Vergleichs der Machtressourcen beider Länder zwei Zeitreihenvergleiche hinsichtlich der internationalen Entwicklung der deutschen Machtposition seit dem Höhepunkt der letzten großen Finanzkrise 2009 bis 2019 treten, um so eventuell eine relative Verbesserung feststellen zu können, die den machtpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands in der Außenpolitik erweitert haben könnte. Der erste Zeitreihenvergleich wird in Relation zu anderen mächtigen Staaten wie Frankreich (FRA), Großbritannien (GB), China (CH), Japan (JAP), Russland (RU) und den USA angestellt. Der zweite bezieht sich nur auf Deutschland (D) und die USA. Militärische Fähigkeiten werden von

Neorealisten i. d. R. über Truppenstärke und Militärausgaben, ökonomische Fähigkeiten anhand des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und des Exportvolumens gemessen (Baumann et al. 1999, S. 256). Im Anschluss werden die Indikatoren Bevölkerung, der sowohl ökonomisch, als auch militärisch im Sinne potenzieller Arbeitskräfte bzw. Soldaten betrachtet werden kann (ebd.), und Territorium diskutiert. Alle hierfür benötigten Zahlendaten werden aus aktuell veröffentlichten Statistiken internationaler Organisationen entnommen.

Für die Bestimmung der vorherrschenden Polarität des internationalen Systems wird auf Einschätzungen innerhalb der wissenschaftlichen Literatur zurückgegriffen. Es wird der gleiche Untersuchungszeitraum wie bei den Machtressourcen betrachtet.

*- Utilitaristisch-liberale UV: Interessen dominierender gesellschaftlicher Akteure -*

Zuerst werden grundlegende Interessenprofile der gesellschaftlichen Akteure erstellt. Da kein gesichertes Wissen über die individuellen Grundinteressen der Akteure besteht, werden diese durch theoretische Annahmen spezifiziert, von denen sich generelle außenpolitische Präferenzen logisch ableiten lassen. Die notwendige Brücke zwischen Interessen und Präferenzen schafft die Rationalitätsannahme der Akteure. Eine solche theoretisch-deduktive Vorgehensweise ist einer empirisch-induktiven vorzuziehen, weil valider zwischen wert- und eigennutzenorientierten Interessen/Präferenzen differenziert und so die Gefahr ausgeschlossen werden kann, durch eher sozialkonstruktivistische Aspekte den Boden des utilitaristischen Liberalismus zu verlassen. (Bienen et al. 1999, S. 10)

Ausgehend davon können die fallrelevanten Akteure netzwerkanalytisch identifiziert werden. Gemäß den Interessenprofilen werden ihre fallspezifischen Präferenzen logisch deduziert. Die Relevanz bestimmt sich bei den PAS durch die jeweils verfügbaren fallspezifischen Entscheidungskompetenzen. Bei den privaten Akteuren wird sie durch deren situative Mobilisierung, ergo ihre unmittelbare Betroffenheit im Sinne von Kosten und Nutzen einer außenpolitischen Entscheidung, definiert. Sind mehrere private Akteure signifikant betroffen, wird zusätzlich ihre Organisationsfähigkeit über die Mitgliederanzahl untersucht. (Bienen et al. 1999, S. 16f)

Abschließend wird die Autonomie der PAS gegenüber den privaten Akteuren anhand ihrer monetären Ressourcenabhängigkeit sowie personellen Verflechtungen betrachtet und das Politiknetzwerk entsprechend als hierarchisch, sozietal oder korporatistisch kategorisiert, um bewerten zu können, welche der beiden Akteursgruppen und Interessen letztlich maßgebend sind (Bienen et al. 1999, S. 17).

*- AV: Deutsche Außenpolitik bei Nord Stream 2 -*

Infolge der Analyse der unabhängigen Variablen wird jeweils die Ausprägung der abhängigen Variable untersucht werden, also inwiefern die unilaterale DAP bei NS2 als neorealistische Machtpolitik (Abwehr- und/oder Einflusspolitik) bzw. als utilitaristisch-liberale Gewinnpolitik (Gewinnmaximierung für dominierende gesellschaftliche Akteure) interpretiert werden kann.

## 5 Theorie-geleitete Analyse deutscher Außenpolitik bei Nord Stream 2

In diesem Abschnitt wird mittels Theorietest der neorealistischen sowie der utilitaristisch-liberalen akteursorientierten Außenpolitiktheorie versucht, die unilaterale DAP bei NS2 gegenüber den USA zu erläutern. Es wird mit der neorealistischen Fallanalyse begonnen.

### 5.1 Neorealistische Außenpolitikanalyse

Die ersten drei Unterkapitel dienen der Analyse der neorealistischen unabhängigen Variable (Deutschlands relative Machtposition). Im Anschluss wird die abhängige Variable (DAP bei NS2) entsprechend einer neorealistischen Machtpolitik interpretiert.

#### 5.1.1 Die Entwicklung der relativen Machtressourcen Deutschlands

Alle Prozentangaben in diesem Abschnitt sind den Tabellen im Anhang entnommen. Die nachfolgenden Grafiken dienen der besseren Veranschaulichung der relativen (prozentualen) Entwicklung der einzelnen Machtindikatoren im Untersuchungszeitraum von 2009 bis 2019.

Zunächst werden die militärischen Machtindikatoren betrachtet. Die relativen deutschen Militärausgaben (S. 18, Abb. 2) verhielten sich im internationalen Vergleich zur Staatengruppe FRA, GB, JAP, CH, RU und den USA nahezu konstant zwischen 3,63 % (2009) und 3,93 % (2019) und stiegen in Relation zu den USA kontinuierlich von 5,06 % (2009) auf 6,31 % (2019) leicht an. Gleichzeitig nahm die relative deutsche Truppenstärke (S. 18, Abb. 3) geringfügig und weitgehend stetig ab; im internationalen Vergleich reduzierte sie sich von 3,57 % (2009) auf 2,81 % (2017) und verglichen mit den USA von 13,85 % (2009) auf 11,70 % (2017). Die Entwicklung der relativen militärischen Macht Deutschlands kann demnach bestenfalls unter Berücksichtigung des geringen Ausmaßes aller Entwicklungen als gleichbleibend interpretiert werden. Allerdings korrelieren die gestiegenen Militärausgaben nicht mit einem parallelen Ausbau an Truppenstärke, sodass jene geringe Erhöhung weniger auf eine Aufstockung der deutschen Streitkraft, als vielmehr auf etwaige Zusatzkosten bedingt durch den bloßen Ersatz von defektem Militärgerät (siehe Bundeswehr-Skandale der letzten Jahre über mangelhafte Sturmgewehre, U-Boote, Flugzeuge, etc.) zurückgeführt werden kann. Vor diesem Hintergrund muss insgesamt eher eine Abnahme der relativen militärischen Macht Deutschlands festgestellt werden; zumal die deutschen Streitkräfte auch noch immer über keine eigenen Nuklearwaffen

verfügen, die im Neorealismus einen bedeutenden Indikator militärischer Stärke markieren (Rittberger 2004, S. 20), und die USA beispielsweise aber weltweit – auch in Deutschland – eigene stationiert haben und ihr gesamtes nukleares Arsenal stetig modernisieren bzw. auszuweiten planen (Richter 2018, S. 1).

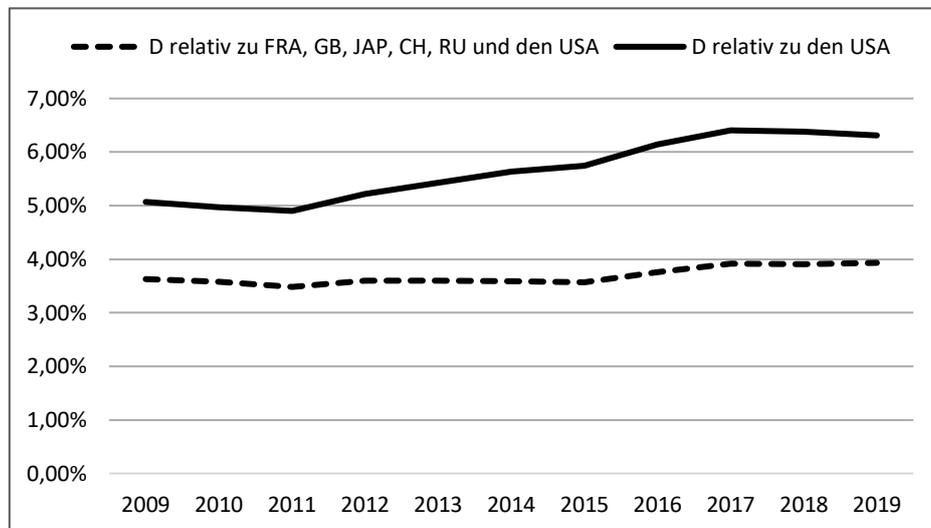


Abb. 2: Relative Entwicklung der deutschen Militärausgaben<sup>5</sup>

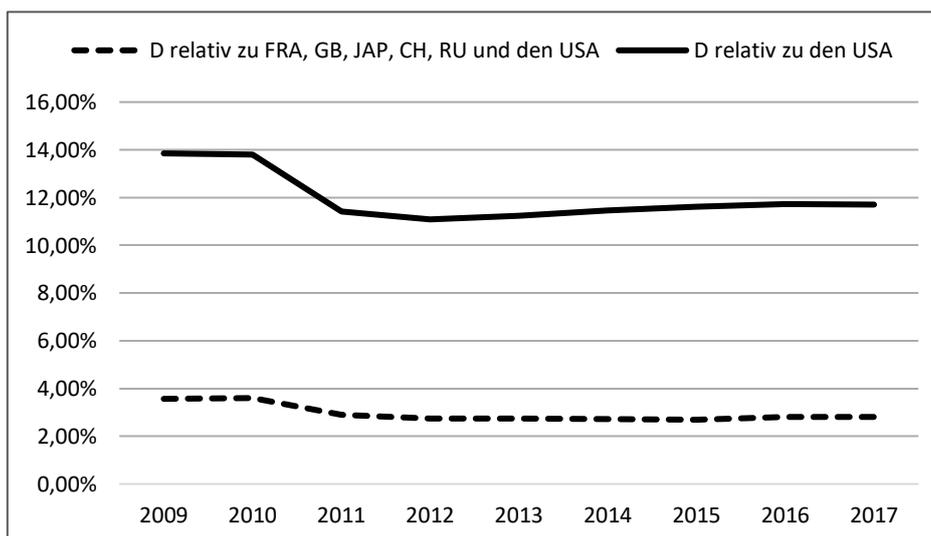


Abb. 3: Relative Entwicklung der deutschen Truppenstärke<sup>6</sup>

Die ökonomischen Machtindikatoren zeichnen ein ähnliches Bild. Das deutsche BIP (S. 19, Abb. 4) verzeichnet seit 2009 einen beinah kontinuierlich verlaufenden Rückgang; im

<sup>5</sup> Grafische Abbildung der Prozentwerte aus Tabelle 2 im Anhang;  
Datenquelle: Stockholm International Peace Research Institute (2020).

<sup>6</sup> Grafische Abbildung der Prozentwerte aus Tabelle 3 im Anhang;  
Datenquelle: World Bank (2020a); keine Daten für 2018 und 2019 verfügbar.

internationalen Vergleich verringerte es sich von 9,85 % (2009) auf 7,84 % (2018) und gegenüber den USA von 19,04 % (2009) auf 16,12 % (2018). Auch das deutsche Exportvolumen (Abb. 5) verlor stetig an relativem Gewicht; im internationalen Vergleich erfolgte eine Reduktion von 20,11 % (2009) auf 18,37 % (2018) und verglichen mit den USA von 45,01 % (2009) auf 42,72 % (2019). Wenngleich sich auch hier beide Male die Verluste sehr gering belaufen, werden sie dennoch anerkannt und als eine Abnahme der relativen ökonomischen Macht Deutschlands befunden.

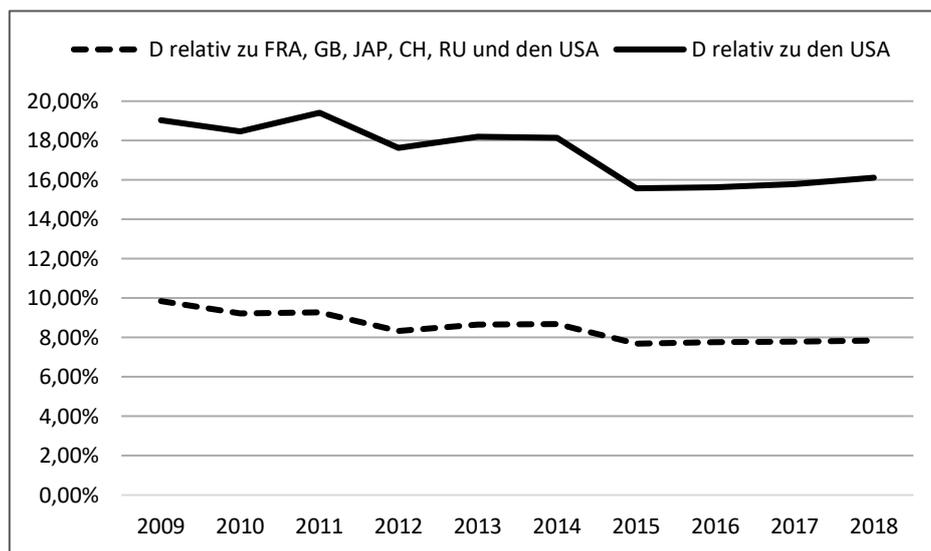


Abb. 4: Relative Entwicklung des deutschen BIPs<sup>7</sup>

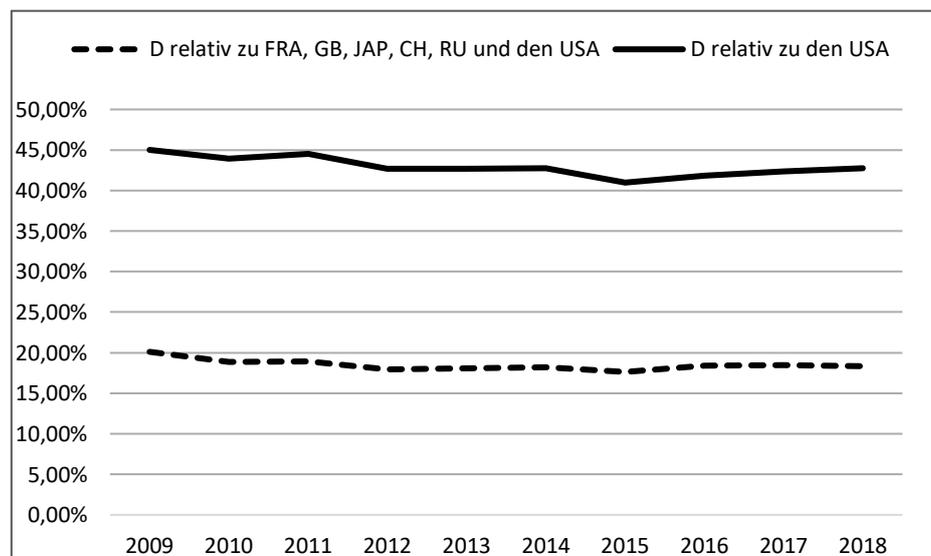


Abb. 5: Relative Entwicklung des deutschen Exportvolumens<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Grafische Abbildung der Prozentwerte aus Tabelle 4 im Anhang; Datenquelle: World Bank (2020c); keine Daten für 2019 verfügbar.

<sup>8</sup> Grafische Abbildung der Prozentwerte aus Tabelle 5 im Anhang; Datenquelle: World Bank (2020b); keine Daten für 2019 verfügbar.

Die deutsche Bevölkerung (Abb. 6) veränderte sich seit 2009 nur marginal. Im internationalen Vergleich schwankte sie zwischen 3,83 % (2009) und 3,72 % (2018) und in Relation zu den USA zwischen 21,07 % (2009) und 20,22 % (2018). Der relative Anteil potenzieller deutscher Arbeitskräfte bzw. Soldaten verhielt sich demnach weitgehend konstant bzw. minimal rückläufig.

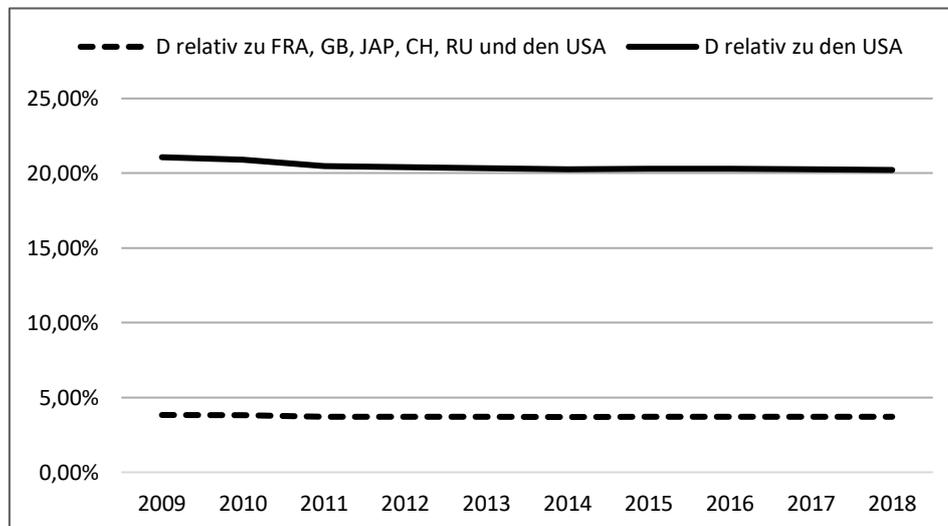


Abb. 6: Relative Entwicklung der deutschen Bevölkerung<sup>9</sup>

Hinsichtlich des Indikators Territorium kann festgehalten werden, dass bei den Staaten FRA, GB, CH, JAP, den USA und Deutschland seit 2009 keine territorialen Zugewinne oder Verluste zu erfassen sind. Als einziger Staat konnte RU im Zuge der Ukraine Krise 2014 seine nationale Souveränität auf die Krim ausdehnen und somit sein Territorium erweitern. Da die Territoriumsgröße von Deutschland und den USA aber konstant blieb, und das Hauptaugenmerk der Analyse auf den deutsch-amerikanischen Beziehungen liegt, wird für den Indikator Territorium keine relevante Veränderung konstatiert.

### 5.1.2 Die Polarität des internationalen Systems

Nachdem sich mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 die bipolare Weltordnung zu einer bis Mitte der 2000er Jahre anhaltenden unipolaren, auf die USA zentrierten Weltordnung transformierte, scheint sich die Polarität des internationalen Systems seitdem erneut zu verändern. Die Finanzkrise von 2008/09 hat viele Staaten, v. a. jedoch die USA, die sich zugleich durch die

<sup>9</sup> Grafische Abbildung der Prozentwerte aus Tabelle 6 im Anhang;  
Datenquelle: Organization for Economic Cooperation and Development (2020); keine Daten für 2019 verfügbar.

finanziellen Kosten ihrer langjährigen Militäreinsätze im Nahen Osten belastet sahen, erschüttert und in den darauffolgenden Jahren ein Vakuum geschaffen, das zusammen mit dem globalen Weltwirtschaftswachstum den Aufstieg vieler Schwellenländer begünstigt hat. In dem Zusammenhang wird in der Forschungsliteratur häufig die aufsteigende Entwicklung der BRICS-Staaten, insbesondere von China, Russland und Indien, betont, durch die sich gemeinsam mit den westlichen Polen Japan, den USA und der EU eine neue multipolare internationale Systemstruktur etabliert hat (Colucci 2015; Klassen 2015; Schweller 2011; van Oudenaren 2013). Gleichzeitig wird aber auch argumentiert, dass die neue aufstrebende Großmacht China zunehmend den bedeutendsten Rivalen bzw. direkten Gegenpol zu den USA abbildet und sich so eine neue Bipolarität des internationalen Systems abzeichnet (Maher 2018; Rudolf 2019). Um beide Positionen in gewisser Weise zu berücksichtigen, wird für die Analyse festgehalten, dass sich die Polarität ausgehend von einer multipolaren Systemstruktur im Zuge der Finanzkrise 2009 sukzessive einer neuen Bipolarität zwischen den USA und China zu Beginn der 2020er Jahre annähert – die aber im Untersuchungszeitraum noch zu keinem Zeitpunkt vollends ausgereift war. Ergo herrschte primär eine im Wandel begriffene Multipolarität vor.

### 5.1.3 Einschätzung der relativen Machtposition Deutschlands

Eine abschließende Einschätzung der relativen Machtposition Deutschlands gestaltet sich schwierig. Einerseits haben sich seit 2009 die deutschen ökonomischen und militärischen Machtressourcen (inkl. Bevölkerung) im internationalen Vergleich sowie nur im Verhältnis zu den USA geringfügig verringert; weiterhin hat es bei dem Machtindikator Territorium keine spürbare Veränderung gegeben, sodass die relativen deutschen Machtressourcen in Summe leicht abgenommen haben. Unter Berücksichtigung der aufstrebenden Großmacht Indien, die nicht in den obigen internationalen Vergleich der Machtressourcen miteinbezogen worden ist, kann zudem durchaus angenommen werden, dass die Entwicklung der deutschen relativen Machtressourcen seit 2009 noch stärker rückläufig wäre. Andererseits hatte die Multipolarität des internationalen Systems im Untersuchungszeitraum zur Folge, dass Deutschland weniger schutzbedürftig abhängig von einer Großmacht wie den USA war, und daher außenpolitisch souveräner agieren konnte. Hinsichtlich dieser Ambivalenz wird für die relative Machtposition Deutschlands folgendes konstatiert: Seit 2009 gab es insgesamt keinen signifikanten Wandel, die minimale Abnahme der relativen Machtressourcen kann aufgrund des multipolaren

internationalen Systems durch einen effektiveren Einsatz der eigenen Machtressourcen kompensiert werden.

#### 5.1.4 Deutschlands Außenpolitik bei Nord Stream 2 als Machtpolitik

NS2 bildet aus neorealistischer Sicht einen besonderen außenpolitischen Fall, bei dem machtpolitisches Autonomie- und Einflussstreben in der sicherheitsrelevanten Energiepolitik miteinander konfliktieren.

NS2 untergräbt die Energiesicherheit Deutschlands, weil die Abhängigkeit von Russland erhöht wird (Dyson 2016, S. 510f), lautet ein zentrales geoökonomisches Argument der NS2-Gegner, wodurch im Wesentlichen auf drohende Autonomieverluste bei der Energieversorgung für Deutschland hingewiesen wird, das z. B. bereits im Jahr 2017 ohne NS2 ca. 40 % seiner Gasimporte aus Russland bezog (Bardt et al. 2018, S. 6). Wenn allerdings angenommen werden kann, dass die einzige Alternative zu russischem Erdgas nicht ‚kein Erdgas‘, sondern amerikanisches LNG darstellt, könnte jedoch genauso argumentiert werden, dass NS2 die deutsche Abhängigkeit von den USA verringert und dadurch „Autonomiegewinne“ entstehen. Da Deutschland aber sicherheitspolitisch im Rahmen der NATO agiert, wird die erste „transatlantische“ Perspektive übernommen und NS2 als Autonomieverlust für Deutschland aufgefasst – wenngleich Deutschland auch versucht, sich alternative Energiesicherheitsoptionen offenzuhalten, indem z. B. derzeit die Infrastruktur für LNG-Terminals an der deutschen Küste sowie die Speicherkapazitäten von Erdgas weiter ausgebaut werden (Stratmann 2019) und bislang noch immer ca. die Hälfte des Gasimports aus Norwegen und den Niederlanden stammt (Bardt et al. 2018, S. 7).

Deutschland stellt den größten Absatzmarkt für russisches Erdgas in Europa dar (aktuell ca. 30 % aller europäischen Gazprom-Exporte<sup>10</sup>). Da NS2 das direkt über die Ostsee nach Deutschland importierte Gasvolumen verdoppelt, verbessert sich Deutschlands Position als Abnehmer- bzw. Transitland für russisches Erdgas. Deutschland kann diesbezüglich mehrere Einflussgewinne verzeichnen: Erstens kann sich der Einfluss auf Russland vergrößern, weil Russland auf die Milliardeneinnahmen des Staatskonzerns Gazprom, die dieser auf seinem größten Absatzmarkt Deutschland erzielt, angewiesen ist bzw. nur ungern darauf verzichten wird, und sich im Ernstfall auch so schnell kein Deutschland ebenbürtiger, in Reichweite befindlicher

---

<sup>10</sup> Alle Informationen zu den Gazprom-Exporten können online unter <http://www.gazprom-export.ru/en> eingesehen werden.

Ersatzabnehmer finden lassen wird; es kann zudem davon ausgegangen werden, dass sich bei einem intensiven deutsch-russischen sicherheitspolitischen Dissens alle europäischen EU-/NATO-Bündnispartner auf Seiten Deutschlands befinden und auch keine russischen Gasimporte mehr tätigen werden, sodass ca. 95 % der Gazprom-Exporte nach Europa (inkl. der Türkei) gefährdet wären. So kann Deutschland bei Konflikten mit Russland eine bessere Verhandlungsposition einnehmen und auch damit drohen, „den Geldhahn zuzudrehen“ – auch mit Rückendeckung durch die neuen LNG-Terminals, da drohende Gasengpässe durch potenziell zugedrehte Nord Stream Pipelines besser abgedeckt werden können. Zweitens verbessert sich Deutschlands Einfluss als Gastransitland auf die europäischen Staaten, in die ein Teil des Erdgases weitergeleitet wird. Bei einem intensiven Konflikt mit diesen Ländern – auch wenn dies im Rahmen der EU oder NATO sehr unwahrscheinlich ist, kann der *worst case* aus neorealistischer Sicht nie völlig ausgeschlossen werden – verfügt Deutschland über die Durchflussmenge der Gasanschlussleitungen von NS2, die entsprechend nachreguliert werden können, um energiepolitischen Druck auf diese Länder auszuüben.

Schließlich wird festgehalten, dass sich Deutschland mit seiner machtpolitischen Außenpolitik bei NS2 Einflussgewinne gegenüber Russland und anderen europäischen Staaten gesichert und parallele Autonomieverluste gegenüber Russland hingenommen hat.

## 5.2 Utilitaristisch-liberale Außenpolitikanalyse

Die ersten drei Unterkapitel dienen der Analyse der utilitaristisch-liberalen unabhängigen Variable (Interessen dominierender gesellschaftlicher Akteure). Im Anschluss wird die abhängige Variable (DAP bei NS2) entsprechend einer utilitaristisch-liberalen Gewinnpolitik interpretiert.

### 5.2.1 Interessenprofile politisch-administrativer und privater Akteure

PAS sichern ihr gesellschaftliches Überleben vorrangig mit immateriellen Ressourcen. Da sie je nach ihrem sozialen Umfeld von unterschiedlichen Akteuren ressourcenabhängig sind, werden sie in zwei Gruppen differenziert:

(1) *Politische Akteure*: Politische Akteure sind in Demokratien durch Wahlen legitimiert. In Deutschland können diesbezüglich der Bundestag, die Landesregierungen im Bundesrat und der Bundeskanzler angeführt werden. Letzterer aufgrund seiner direkt

parlamentarischen Verantwortlichkeit (Wahl und Abwahlmöglichkeit durch den Bundestag). Das gesellschaftliche Überleben der politischen Akteure wird am unmittelbarsten durch ihr Grundinteresse der eigenen Wiederwahl verkörpert. Die Wiederwahlchancen sind umso größer, je besser die Erwartungen der eigenen Wählerbasis erfüllt werden, da die Wähler entsprechend eines rationalen Eigennutzenmaximierers denjenigen wählen, der ihren individuellen Nutzen am ehesten optimiert (Annahme des „*economic voting*“). Als Hilfsvariablen für diesen individuellen Nutzen können die ökonomische Situation der Volkswirtschaft (je größer die kurzfristige Prosperität eines Landes, desto wahrscheinlicher profitiert die Mehrheit der Bevölkerung vor dem nächsten Wahltermin) und die Verwirklichung der Ziele der Regierungspartei dienen. Damit die politischen Akteure eine möglichst souveräne Außenpolitik verfolgen können, haben sie weiterhin ein grundlegendes Interesse am politischen Kompetenzerhalt gegenüber internationalen Institutionen. Folglich zielen ihre außenpolitischen Präferenzen immer auf die Förderung der nationalen Volkswirtschaft, die Umsetzung der Regierungsparteiziele und die Verhinderung des eigenen Kompetenzverlusts gegenüber internationalen Institutionen ab. (Bienen et al. 1999, S. 11f)

(2) *Administrative Akteure*: Administrative Akteure erhalten ihre soziale Position durch formal-legale Dienstzuweisungen der politischen Akteure. Hierzu können staatliche Exekutivorgane wie die Bundeswehr oder die Bundesbank, aber auch die Ministerien und deren Bundesminister genannt werden. Letztere werden als administrative Akteure definiert, da sie ihre Ministertätigkeit weniger dem Wählervotum, als vielmehr einem politischen Akteur, dem Bundeskanzler, verdanken; worauf z. B. auch die Tatsache hinweist, dass die Minister während einer Legislaturperiode mehrfach wechseln können. Das Grundinteresse administrativer Akteure bildet der Erhalt bzw. Ausbau der eigenen Relevanz als Ausführungsorgan der Entscheidungen der politischen Akteure. Hierfür benötigen sie weitere ihnen zugewiesene Kompetenzen sowie darüber hinaus auch die dafür notwendige finanzielle Budgetausstattung. Dabei fokussieren sie allerdings primär den Kompetenzerwerb, da i. d. R. angenommen werden kann, dass auf eine Kompetenzerweiterung auch eine adäquate Ausweitung der finanziellen Mittel erfolgen wird. Folglich zielen die außenpolitischen Präferenzen der administrativen Akteure immer auf den Erhalt ihrer Kompetenzen gegenüber internationalen Institutionen, die Zuweisung neuer Kompetenzen und finanzieller Mittel sowie die Erfüllung ihres Organisationszweckes ab. Letzteres aufgrund der Einsicht, dass die politischen Akteure eher geneigt sind, die

Kompetenzen und finanziellen Mittel jener administrativen Akteure zu erweitern, die ihre Aufgaben am effektivsten implementieren. (Bienen et al. 1999, S. 12f)

Private Akteure sichern ihr gesellschaftliches Überleben vorrangig mit materiellen Ressourcen. Das Grundinteresse aller privaten Akteure stellt daher die Erzielung möglichst hoher eigens erwirtschafteter oder beitragsfinanzierter finanzieller Einkommen dar (Bienen et al. 1999, S. 13). Da die privaten Akteure sich hinsichtlich der Art ihrer Finanzierung und des Organisationszwecks unterscheiden, werden sie in drei Gruppen differenziert:

(1) *Unternehmen*: Unternehmen sichern ihr Überleben durch ihr selbst erwirtschaftetes Einkommen. Sie haben daher das Grundinteresse, ihr Einkommen durch Unternehmensgewinne zu maximieren. Folglich zielen die außenpolitischen Präferenzen von Unternehmen auf diejenigen Außenpolitiken ab, die ihnen in Anbetracht ihrer Wettbewerbsfähigkeit die bestmöglichen Gewinnchancen versprechen. (ebd.)

(2) *Ökonomische Interessengruppen*: Unternehmensverbände und Gewerkschaften definieren ökonomische Interessengruppen. Beide sichern ihr Überleben durch die Beitragsfinanzierung ihrer Mitglieder. Da alle sozialen Akteure grundsätzlich rational handeln, werden auch die Mitglieder nur bereit sein, Beiträge zu zahlen, wenn diese ihren individuellen Nutzen steigern; dies wird dann gegeben sein, wenn der Organisationszweck, der Erhalt bzw. Ausbau der materiellen Gewinne der Mitglieder, erfüllt wird. Ökonomische Interessengruppen haben daher das Grundinteresse, ihr Einkommen mittels einer bestmöglichen Umsetzung des Organisationszwecks zu steigern. Folglich zielen ihre außenpolitischen Präferenzen auf diejenigen Außenpolitiken ab, die die besten Gewinnchancen für ihre Mitglieder schaffen. (ebd.)

(3) *Soziale und politische Interessengruppen*: Das Überleben nicht-profitorientierter, sozialer und politischer Interessengruppen ist von mehreren finanziellen Quellen abhängig, wie z. B. von Zuschüssen der PAS, Spenden und/oder Mitgliederbeiträgen. Sie teilen demnach das gleiche Grundinteresse wie ökonomische Interessengruppen, ihr Einkommen über eine bestmögliche Realisierung des Organisationszwecks, den Erhalt bzw. Ausbau spezieller immaterieller Gewinne, zu steigern. Folglich zielen die außenpolitischen Präferenzen sozialer und politischer Interessengruppen auf diejenigen Außenpolitiken ab, die Ihnen die größten immateriellen Gewinne gemäß des eigenen Organisationszwecks zusichern. (Bienen et al. 1999, S. 14)

### 5.2.2 Dominante politisch-administrative und private Akteure bei Nord Stream 2

Als zentrale PAS sind bei den politischen Akteuren der Bundeskanzler, der Bundestag sowie die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern und bei den administrativen Akteuren der Außen-, der Bundeswirtschafts- und der Bundesumweltminister mit ihren Ministerien sowie die Bundesnetzagentur zu nennen.

Der Bundeskanzler hat ein fundamentales Interesse an seiner Wiederwahl und bestimmt als Leiter der Bundesregierung die basalen Leitlinien, Ziele und Strategien der Energiepolitik (Seeliger 2018, S. 32). NS2 kann aus rein ökonomischer Perspektive als Gewinn für die deutsche Volkswirtschaft in puncto steigender Transitgebühren, sinkender Gaspreise und steigender Versorgungssicherheit (NS2 als neue Importroute) mit Erdgas, begriffen als Brückenresource im Rahmen der in der Bevölkerung breit unterstützten Energiewende und dem ebenso populären Atom- und Kohleausstieg, verstanden werden (Bardt et al. 2018, S. 3-6). Der Bundeskanzler wird daher den Pipelinebau fördern, um die Einnahmen der deutschen Volkswirtschaft zu erhöhen und die von der Bevölkerungsmehrheit präferierte energiepolitische „grüne“ Transformation abzusichern, und so seine Wiederwahlchancen zu steigern. Die gleiche Argumentation kann für Mitglieder des Bundestages, v. a. für die Regierungsfractionen, angeführt werden, die mit NS2 insofern tangiert sind, als dass die Energieversorgung der Allgemeinheit mit Gas auf der Grundlage des deutschen Energiewirtschaftsgesetzes (§ 1 EnWG) basiert, dessen Inhalte vom Bundestag beschlossen werden – auch wenn der primäre Anstoß hierzu oftmals durch supranationale EU-Richtlinien erfolgt (Seeliger 2018, S. 28). Auswärtige Angelegenheiten im Sinne einer „Außenenergiepolitik“ basieren normalerweise auf der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 73 GG); NS2 kann jedoch auch entsprechend den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern (Art. 91a GG) als eine „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ interpretiert werden. Demnach ist auch die Mecklenburg-Vorpommersche Landesregierung ein relevanter Akteur. Sie wird bzgl. der Verbesserung ihrer Wiederwahlchancen NS2 aufgrund neuer regionaler Arbeitsplätze und weiterer ökonomischer Potenziale (z. B. neuer Steuereinnahmen) für das strukturschwächste ostdeutsche Bundesland<sup>11</sup> unterstützen.

Der Außenminister als oberster Diplomat der Bundesrepublik ist der federführende Akteur der deutschen Beziehungen zu anderen Staaten. Dabei kann für ihn gelten: je weniger multilateral

---

<sup>11</sup> gemessen an BIP und Arbeitslosenquote der Bundesländer 2019;  
Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020) und Bundesagentur für Arbeit (2020).

internationale Konferenzen ablaufen, desto größer ist seine relative Verhandlungsmacht, und je bedeutsamer die diskutierten Angelegenheiten für Deutschland bzw. je kontroverser diese international sind, desto öffentlichkeitswirksamer kann er sich und sein Ressort national wie international profilieren. NS2 ist als bilaterales deutsch-russisches Projekt innerhalb der EU, v. a. im Baltikum und den Visegrád-Staaten sowie den USA höchst umstritten. Aus Sicht Deutschlands verspricht die Pipeline jedoch überwiegend ökonomische Vorteile; unter diesen Umständen wird der Außenminister, um seine diplomatische Relevanz und seinen internationalen Einfluss zu demonstrieren, den Pipelinebau unterstützen. Obwohl viele energiepolitische Debatten zunehmend im Außenministerium stattfinden (Umbach 2011, S. 371), gilt der Bundeswirtschaftsminister und sein Ministerium in der Energiepolitik als hauptverantwortlich (Seeliger 2018, S. 32). Für seine Haltung zu NS2 ist wie bei den politischen Akteuren der ökonomische Gewinn der Pipeline maßgebend, da eine prosperierende deutsche Volkswirtschaft in erster Linie seiner kompetenten Wirtschafts- und Energiepolitik zugeschrieben werden kann; ergo wird er den Pipelinebau unterstützen. Auch der Bundesumweltminister kann energiepolitische Kompetenzen auf sich vereinen, wenn einzelne Politiken verstärkt den Klimaschutz mit tangieren (ebd.). Die Definition einer eindeutigen NS2-Präferenz des Bundesumweltministers ist jedoch ambivalent. Einerseits birgt der Pipelinebau einen massiven Eingriff in die marinen Ökosysteme der Ostsee und somit auch innerhalb deutscher Hoheitsgewässer, um sodann fossiles klimaschädliches Erdgas zu transportieren, andererseits kann die Pipeline – gegeben der Annahme, dass Erdgas als Brückentechnologie benötigt wird – langfristig betrachtet einen sukzessiven klimafreundlichen Strukturwandel in Deutschland absichern. Schließlich wird hinsichtlich der rationalen, eher kurzfristig denkenden Eigennutzenorientierung aller Akteure befunden, dass der Bundesumweltminister einen höheren Nutzen für sich und sein Ressort in der Ablehnung von NS2 sieht, um sich gemäß seiner ihm zugewiesenen Systemfunktion als oberster Umwelt- und Klimaschützer präsentieren zu können. Für die Einspeisung des NS2-Erdgases ins deutsche Gasnetz ist die Bundesnetzagentur zuständig (Lang & Westphal 2016, S. 22). Sie reguliert die tariflichen Konditionen, die die russischen Gaslieferanten für die Verwendung der deutschen Anschlussleitungen übernehmen müssen (ebd.). Weil sie dem Geschäftsbereich des NS2-befürwortenden Bundeswirtschaftsministeriums angehört (Seeliger 2018, S. 32) und NS2 eine Ausdehnung ihrer Kompetenzen auf einen neuen Gaseinspeisepunkt garantiert, wird sie den Pipelinebau unterstützen.

Als zentrale private Akteure sind bei den ökonomischen Interessengruppen die Energiewirtschaftsverbände des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG) sowie des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und bei den sozialen Interessengruppen die Umweltverbände Greenpeace Deutschland, WWF Deutschland, Bund Naturschutz sowie der Naturschutzbund Deutschland zu nennen.

Wie bereits genannt, kann NS2 als eigene Importroute aus rein ökonomischen Überlegungen einen Beitrag zur Diversifizierung der Gasinfrastruktur und zur Erhöhung des Gasangebots in Europa leisten, wodurch die Versorgungssicherheit erhöht und der Wettbewerb auf dem Gasmarkt gefördert wird, der sodann die Gaspreise sinken lässt (Bardt et al. 2018, S. 3-5). Die fallrelevantesten deutschen Unternehmen, die großen Energieversorger RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW sowie die deutschen NS2-Investoren Uniper und Wintershall werden aufgrund ihres rein betriebswirtschaftlichen Kalküls der Unternehmensgewinnmaximierung jene ökonomischen Vorteile begrüßen und NS2 befürworten. Insbesondere die NS2-Investoren werden großes Interesse daran haben, dass ihre bereits getätigten Projektinvestitionen zukünftig Profit abwerfen. Sie sind allesamt, gemeinsam mit den kleineren deutschen Niederlassungen der ausländischen NS2-Investoren OMV und ENGIE, Mitglied im größten deutschen Energiewirtschaftsverband BDEW. Die deutschen NS2-Investoren stellen zusätzlich die stellv. Vorstandsvorsitzenden des BVEG, in dem auch die kleineren deutschen Niederlassungen der OMV und des ausländischen NS2-Investors Shell organisiert sind<sup>12</sup>. Die beiden Verbände werden daher zur Sicherung ihrer Beitragsfinanzierung die gewinnmaximierende NS2-Präferenz ihrer Mitglieder übernehmen und entsprechend versuchen, den außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess zu beeinflussen.

Hinsichtlich der ökologischen Risiken des Pipelinebaus sowie der Gefahr, dass Deutschland aufgrund einer zu starken Fokussierung auf billiges Erdgas als Brückenressource den Umbau hin zu einer flächendeckenden regenerativen Energieerzeugung zu langsam bestreitet und/oder Erdgas per se keinen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann<sup>13</sup>, werden insbesondere die vier größten Umweltverbände in Deutschland versuchen, ihrem Organisationszweck öffentlichkeitswirksam nachzukommen und gegen NS2 mobil machen.

---

<sup>12</sup> Alle Informationen zu den Energiewirtschaftsverbandsmitgliedern können online unter [www.bdew.de](http://www.bdew.de) und [www.bveg.de](http://www.bveg.de) eingesehen werden.

<sup>13</sup> Laut einer Studie von Fell und Traber (2019) addiert sich das oft mit Erdgas in Verbindung gebrachte Einsparpotenzial an CO<sub>2</sub>-Emissionen in Relation zu anderen fossilen Rohstoffen (Erdöl, Kohle) mit einer zugleich schlechteren Methanbilanz mindestens wieder zu Null, sodass ein klimaschonender Effekt ausbleibt.

### 5.2.3 Kategorisierung des Politiknetzwerks bei Nord Stream 2

Schließlich befürworten von den zentralen PAS alle politischen Akteure und, abgesehen vom Bundesumweltminister, alle administrativen Akteure den Pipelinebau. Der Bundesumweltminister wird sich jedoch gegen die Befürworter allein schon deswegen nicht durchsetzen können, weil der Bundeskanzler mobilisiert ist, der im Zweifel mit seiner Richtlinienkompetenz (Art. 65 GG) die von ihm abhängigen Bundesminister disziplinieren kann. Ob Bundeskanzler oder Bundestag in diesem Fall dominieren, kann als sekundär angesehen werden, da sie die gleiche NS2-Präferenz teilen; auch sind beide Akteure aufgrund ihrer Aktivität auf Bundesebene durchsetzungsfähiger als die Mecklenburg-Vorpommersche Landesregierung.

Bei den zentralen privaten Akteuren wird NS2 von den ökonomischen Interessengruppen (Energiewirtschaftsverbände) unterstützt, und von den sozialen (Umweltverbände) opponiert. Wer von beiden durchsetzungsfähiger ist, lässt sich rein über die Mitgliederanzahl nur mäßig valide bemessen, da die Energiewirtschaftsverbände ihre Mitglieder in Unternehmen und die Umweltverbände in Individuen berechnen<sup>14</sup>: So vertritt der BDEW als größter deutscher Energiewirtschaftsverband über 1900 und der BVEG über 80 Unternehmen, und die vier größten Umweltverbände zählen jeweils zwischen 620.000 und 770.000 Mitglieder. Es wird jedoch angenommen, dass die Energiewirtschaftsverbände durchsetzungsfähiger sind, weil ihre zur Verfügung stehenden monetären Ressourcen durch die Unternehmensbeiträge insgesamt größer und stabiler sein werden, als die Individuen-Beiträge der Umweltverbände, deren Handlungsfähigkeit zudem auch von eher unregelmäßigen bzw. unkalkulierbaren Spenden- und/oder Zuschusssummen abhängig ist, bei deren Vergabe sie oftmals zusätzlich noch untereinander konkurrieren müssen.

Die Autonomie des Bundeskanzlers und des Bundestags gegenüber den ökonomischen Interessengruppen wird sich nachfolgend nur als moderat herausstellen. Zwar lassen sich anhand der Parteifinanzierungen (Spenden über 50.000 €) keine Abhängigkeiten der (Regierungs-)Parteien von NS2-Investoren oder der Energiewirtschaftsverbände seit des NS2-Projektbeginns 2015 nachweisen (Deutscher Bundestag 2020), mehrere personelle Verflechtungen bestehen aber durchaus.

Laut Antwort auf eine schriftliche Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken fanden allein zwischen 2015 und 2017 über 62 Gespräche nur zum Thema NS2 mit Vertretern aller – auch

---

<sup>14</sup> Alle Informationen zu den Verbandsmitgliedern können online unter [www.bdew.de](http://www.bdew.de), [www.bveg.de](http://www.bveg.de), [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de), [www.bund.net](http://www.bund.net) und [www.wwf.de](http://www.wwf.de) eingesehen werden.

der nichtdeutschen – NS2-Investoren und dem russischen NS2-Betreiber Nord Stream 2 AG/Gazprom im Kanzleramt, Außen-, Bundeswirtschafts- sowie im Bundesumweltministerium statt (Bundesregierung 2017). Eine weitere schriftliche Anfrage der Grünen im Bundestag hat ergeben, dass Vertreter aller oben genannten großen Energieunternehmen sowie v. a. der BDEW jährlich regelmäßig im Kanzleramt, Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium Termine wahrnehmen (Machnig 2015). Der BDEW wurde bis 2016 von dem jetzigen RWE-Vorstandsmitglied Hildegard Müller (CDU), Ex-Staatsministerin des Bundeskanzleramts unter der Regierung Merkel I, geleitet (Mihm 2016). Ihr Nachfolger war Stefan Kapferer (FDP), Ex-Staatssekretär im Bundesgesundheits- und Bundeswirtschaftsministerium unter der Regierung Merkel II und III (Baumüller 2016). Seit 2019 steht die Ex-Bundestagsabgeordnete Kerstin Andreae (Grüne) der Geschäftsführung des BDEW vor (BDEW 2019). Friedbert Pflüger (CDU), Ex-Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium unter der Regierung Merkel I, und der Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) sind beide u. a. in beratender bzw. interessenvermittelnder Funktion für NS2 tätig; Pflüger veranlasste beispielsweise als Direktor des *European Centre for Climate, Energy and Resource Security* am Londoner King's College von den NS2-Investoren finanzierte Studien zum Pipelinebau (Müller 2018), und Schröder verabredete als neues Aufsichtsratsmitglied bei der Nord Stream 2 AG „Arbeitstreffen“ mit NS2-Investoren im Bundeswirtschaftsministerium (Salzen 2017). Marion Scheller (parteilos, Ehemann bei der CDU), Ex-Referatsleiterin für Energiepolitik im Bundeswirtschaftsministerium, ist bei der Nord Stream 2 AG für politische Kontaktpflege zuständig (Bundesregierung 2017). Sie alle vereint ihr exzellentes Beziehungsgeflecht ins Kanzleramt, in die Ministerien und in den Bundestag. Der BVEG unterhält zudem, laut seinen Websiteangaben, Netzwerke zum Wirtschaftsforum der SPD und zum Wirtschaftsrat der CDU – beide Parteien (inkl. der CSU) stellen seit 2013 durchgängig den Bundeskanzler, die Bundesminister sowie die Regierungsmehrheit im Bundestag.

Da die ökonomischen Interessengruppen durchaus in der Lage sind, ihre Präferenzen angemessen in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einzuschleusen und der Bundeskanzler wie der Bundestag sich sodann in einem moderaten Abhängigkeitsverhältnis befinden, wird das Politiknetzwerk bei NS2 als korporatistisch kategorisiert, in dem die dominanten politisch-administrativen und dominanten privaten Interessen gleichermaßen berücksichtigt werden müssen. Tabelle 1 auf der nächsten Seite gibt noch einmal einen Überblick über alle Akteure und ihre Interessen bzw. NS2-Präferenzen.

Tabelle 1: Das Politiknetzwerk bei Nord Stream 2 – Akteure und Interessen

<u>(Netzwerk-dominierende) Akteure</u>	Interessenprofil	Nord Stream 2 - Präferenz
<p>Politische Akteure:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Bundeskanzler</u></b></li> <li>• <b><u>Bundestag</u></b> (insb. Regierungsmehrheit)</li> <li>• <b>Mecklenburg-vorpommersche Landesregierung</b></li> </ul>	<p>Sicherung / Erhöhung der Wiederwahlchancen durch ökonomische Vorteile für die dt. Volkswirtschaft und/oder Verwirklichung der Regierungsparteiziele vor dem nächsten Wahltermin</p>	<p><b>Pro</b> (Transitgebühren, Absicherung der Energiewende)</p> <p><b>Pro</b> (Transitgebühren, Absicherung der Energiewende)</p> <p><b>Pro</b> (Neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen für Mecklenburg-Vorpommern)</p>
<p>Administrative Akteure:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Außenminister</b></li> <li>• <b>Bundeswirtschaftsminister</b></li> <li>• <b>Bundesumweltminister</b></li> <li>• <b>Bundesnetzagentur</b></li> </ul>	<p>Sicherung / Erhöhung der eigenen Relevanz als Exekutivorgan durch eigene Kompetenzerweiterung und/oder optimale Erfüllung des eigenen Organisationszwecks</p>	<p><b>Pro</b> (Profilierung diplomatischer Kompetenz)</p> <p><b>Pro</b> (Profilierung wirtschaftspolitischer Kompetenz)</p> <p><b>Contra</b> (Profilierung umweltpolitischer Kompetenz)</p> <p><b>Pro</b> (Kompetenzerweiterung auf neuen Gaseinspeisepunkt)</p>
<p>Ökonomische Interessengruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b><u>Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft</u></b> (E.ON, RWE, EnBW, Vattenfall, Uniper, Wintershall, dt. OMV-Ableger, dt. ENGIE-Ableger)</li> <li>• <b><u>Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie</u></b> (Uniper, Wintershall, dt. OMV-Ableger, dt. Shell-Ableger)</li> </ul>	<p>Sicherung / Erhöhung des eigenen Einkommens durch Erfüllung des eigenen Organisationszwecks (Maximierung materieller Gewinne der Mitglieder)</p>	<p><b>Pro</b> (ökonomische Vorteile für die gewinnmaximierenden Interessen der Energieunternehmen – insb. der Nord Stream 2 Investoren)</p>
<p>Soziale Interessengruppen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Greenpeace Deutschland</b></li> <li>• <b>WWF Deutschland</b></li> <li>• <b>Bund Naturschutz</b></li> <li>• <b>Naturschutzbund Deutschland</b></li> </ul>	<p>Sicherung / Erhöhung des eigenen Einkommens durch Erfüllung des eigenen Organisationszwecks (Maximierung immaterieller Gewinne gemäß des Organisationszwecks)</p>	<p><b>Contra</b> (ökologische Risiken des Pipelinebaus und Gefahr klimapolitischer Fehlentwicklung)</p>

#### 5.2.4 Deutsche Außenpolitik bei Nord Stream 2 als Gewinnpolitik

Die stets öffentlich wiederholte Betonung der Bundesregierungsmitglieder, dass NS2 ein „rein privatwirtschaftliches Projekt im Interesse Deutschlands“ sei, die ressortübergreifende öffentliche Unterstützung der eigenen Regierungsaussagen zu NS2 und die Verurteilung jeglicher geo- bzw. sicherheitspolitischer Dimensionen des Projekts als „ideologisch“ (siehe Abschnitt 2) bestätigen, dass in Deutschland innerhalb des energiepolitischen Entscheidungsapparates immer noch das Primat der Ökonomie vorherrscht (Umbach 2011, S. 371). Diesbezüglich kann auch die unmittelbare Zustimmung des Bundestages für die EU-Richtlinien bedingte deutsche Gesetzesänderung, die NS2 Rechtssicherheit gewähren soll (siehe Abschnitt 2), angeführt werden. Obgleich nur drei der sechs Bundestagsfraktionen diese befürworteten, bekennen sich, abgesehen von den Grünen, alle Parteien aus primär ökonomischen Motiven zum Pipelinebau (Deutscher Bundestag 2019).

Hauptprofiteure sind damit die dominanten ökonomischen Interessengruppen und ihre Mitglieder. Die privaten Energieunternehmen, insbesondere die NS2-Investoren, haben bei einer Fertigstellung von NS2 gute Aussichten auf die Verwirklichung ihrer gewinnmaximierenden Unternehmensinteressen, v. a. durch den Wegfall der Versorgungsrisiken im Kontext der Ukraine-Krise sowie einer Preisreduktionen der gesamten russischen Gasimporte (mit NS2: 40 % plus x), die sogar mehrfach bedingt abgesichert erscheinen: sowohl über eine Gasangebotserhöhung, als auch durch die Umgehung polnischer und ukrainischer Transitgebühren (Bardt et al. 2018, S. 6). Aber auch die dominanten politischen Akteure, der Bundeskanzler und der Bundestag bzw. die NS2-befürwortenden Fraktionen werden durch ihre Haltung an Reputation beim deutschen Wahlvolk gewinnen. Laut einer repräsentativen Umfrage von 2019 durch das Meinungsforschungsinstitut Forsa unterstützen 73 % der Deutschen den Pipelinebau und 67 % teilen diesbezüglich keine sicherheitspolitischen Bedenken durch einen zu starken energiepolitischen Einfluss Russlands (Handelsblatt 2019). Eine weitere aktuellere Forsa-Umfrage von 2020 kam zu dem Ergebnis, dass die US-Sanktionspolitik gegen NS2 unbeabsichtigt zur Folge hatte, dass sich die innerdeutsche Unterstützung für das Projekt über alle Parteigrenzen hinweg inzwischen auf sogar durchschnittlich 85 % erhöht hat (Bundesforum Mittelstand 2020). Schlussendlich deuten einige Punkte auf eine gewinnpolitische Ausrichtung der DAP bei NS2 hin, die primär versucht, die nutzenmaximierenden Interessen der dominanten fallrelevanten gesellschaftlichen Akteure zu befriedigen.

## 6 ‚Germany First‘ – Macht- oder Gewinnpolitik?

Inwieweit NS2 eine geopolitische bzw. geoökonomische Operation Russlands oder ein rein privatwirtschaftliches Vorhaben darstellt, spaltet seit 2015 sowohl das transatlantische Bündnis, als auch die EU. Während v. a. die osteuropäischen Staaten gemeinsam mit den USA, fest vom geopolitischen Kalkül Russlands überzeugt, vehement versuchen, die Pipeline zu verhindern, betont Deutschland kontinuierlich seine Unterstützung für das rein ökonomische Projekt. Die theoriegeleitete Analyse dieser Arbeit versuchte, die offensiv unilateral agierende DAP gegenüber den USA beim Fall NS2 anhand eines Theorietests der systemischen neorealistischen und der subsystemischen utilitaristisch-liberalen akteursorientierten Außenpolitiktheorie zu erklären.

Der Neorealismus begreift die Außenpolitik eines Staates als autonomie- und einflussmaximierende Machtpolitik, die wesentlich durch die relative Machtposition, die ein Staat im internationalen System einnimmt, beeinflusst wird. Dabei wird betont, dass rationale Staaten in außenpolitischen Situationen, bei denen sich Autonomie- und Einflussgewinne entgegenstehen, v. a. in sicherheitsrelevanten Fragen immer Autonomiegewinne präferieren. Die neorealistische Erklärungskraft für die unilaterale DAP bei NS2 erweist sich jedoch als schwach. Obgleich die Energiepolitik in den Komplex der sicherheitsrelevanten *high politics* und somit in den Kernbereich des Neorealismus fällt, scheitert er dennoch erneut an seinem individuellen *hard-case*, der DAP. Denn obwohl zwischen 2009 und 2019 kein neuer Spielraum für verstärkte deutsche Machtpolitiken entstanden ist, weil sich die relative Machtposition Deutschlands in diesem Zeitraum konstant verhielt, (d. h. der minimale Verlust an relativen deutschen Machtressourcen zumindest durch deren effektiveren Einsatz in Folge der vorherrschenden multipolaren internationalen Systemstruktur kompensiert werden kann), leistet sich Deutschland bei NS2 dennoch seit 2015 eine offene Konfrontation mit den USA, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Hierfür erlaubt Deutschland sich einerseits Autonomieverluste in puncto Energiesicherheit, indem es seine Abhängigkeit von Russland erhöht, kann dabei aber andererseits zugleich seinen Einfluss auf Russland (als mit Abstand größter russischer Gasabnehmer) und auf andere europäische Staaten (als Gastransitland) weiter ausbauen. Indem Deutschland bei NS2 den Trade-Off zwischen Autonomie- und Einflussgewinnen sogar in einem sicherheitsrelevanten Fall zu Gunsten von Einfluss entscheidet, handelt es absolut konträr zu den neorealistischen Annahmen einer rationalen machtpolitischen Außenpolitik. Da

also weder unabhängige, noch abhängige Variable entsprechend den theoretischen Erwartungen ausgeprägt sind, kann die neorealistic Außenpolitiktheorie den empirischen Fall einer offensiv unilateral agierenden DAP bei NS2 nicht im Sinne einer rationalen Machtpolitik erklären.

Um die realistische Denktradition für die Erklärung DAP dennoch nicht vorschnell zu verwerfen, könnte etwa eine modifizierte bzw. weiterentwickelte Variante des Neorealismus angewandt werden. Der postklassische Realismus beispielsweise teilt in seiner Außenpolitiktheorie weitgehend die gleichen theoretischen Grundannahmen wie der Neorealismus – mit einer Ausnahme: zwischen unabhängiger (relative Machtposition eines Staates) und abhängiger Variable (machtpolitische Außenpolitik) interveniert die Sicherheitslage eines Staates („*security pressures*“) (Brummer & Oppermann 2019, S. 29). Je günstiger die Einschätzung der Sicherheitslage ausfällt, d. h. je weniger sich ein Staat mit einer unmittelbaren äußeren Bedrohung konfrontiert sieht, desto mehr kann er es sich leisten, auch in sicherheitsrelevanten Angelegenheiten der Außenpolitik vorrangig nach Einfluss und weniger nach Autonomie zu streben; so wird das Denken in *worst-case-Szenarien* durch ein Denken in *Wahrscheinlichkeiten* ersetzt (Baumann et al. 1999, S. 267f). Die Sicherheitsvariable wird dabei durch geographische, technologische und ökonomische Faktoren eines Staates bedingt (Baumann et al. 1999, S. 270). Eine postklassisch-realistische Analyse der unilateralen DAP bei NS2 könnte demnach aufgrund der günstigen deutschen Sicherheitslage als Hochtechnologieland und Wirtschaftsmacht, geographisch umgeben von NATO-/EU-Staaten, keine akute oder zumindest nur eine schwach ausgeprägte, unmittelbare Bedrohung durch Russland konstatieren, sodass die Entscheidung Deutschlands bei NS2, Einflussgewinnen Vorrang vor Autonomieverlusten zu gewähren, im Einklang mit der Theorie stehen würde. Der postklassische Realismus könnte so immerhin einen Teil des Falls besser erklären als der Neorealismus.

Der utilitaristische akteursorientierte Liberalismus begreift die Außenpolitik eines Staates als nutzenmaximierende Gewinnpolitik, welche versucht, die Interessen der dominierenden innerstaatlichen gesellschaftlichen Akteure bestmöglich zu verwirklichen. Dabei entscheidet die Durchsetzungsfähigkeit der mobilisiertesten Akteure innerhalb eines fallspezifischen Politiknetzwerks, welche Interessen letztlich für die Außenpolitik eines Staates richtungsweisend sind. Das utilitaristisch-liberale Erklärungspotenzial bzgl. DAP bei NS2 fruchtet deutlich besser als das neorealistic, wengleich dies im Hinblick auf die in Deutschland überwiegend rein ökonomische Betrachtung der Energiepolitik erwartbar schien. Das innerdeutsche

Politiknetzwerk bei NS2 setzt sich korporatistisch zusammen, d. h. die dominanten politisch-administrativen Akteure Bundeskanzler und Bundestag können nur moderat autonom von den privaten Akteuren der ökonomischen Interessengruppen (Energiewirtschaftsverbände) agieren, sodass die Interessen beider Akteursgruppen zu berücksichtigen sind. Obwohl beide Akteursgruppen unterschiedliche Motive besitzen, teilen sie die gleiche NS2-Präferenz, nämlich die Befürwortung des Projekts, sodass eine dominierende innerdeutsche Haltung identifiziert werden kann, die die fallspezifische Außenpolitik bestimmt. Andernfalls hätte der utilitaristische Liberalismus neutral bleiben müssen und keine valide Erklärung anbieten können (Rittberger 2004, S. 25). Die entscheidende NS2-Präferenz bzw. die Interessen dahinter spiegeln sich zudem plausibel real wider. So positionieren sich die deutsche Bundesregierung und fast alle Bundestagsfraktionen öffentlich aus rein ökonomischen Gesichtspunkten pro Pipelinebau, wodurch auch ihre Wahlchancen aufgrund der großen Zustimmung zu NS2 unter der deutschen Bevölkerung steigen. Gleichzeitig profitieren die Energiewirtschaftsverbände respektive ihre Mitglieder bei der Unternehmensgewinnmaximierung durch die ökonomischen Vorteile der Pipeline. Folglich kann die utilitaristisch-liberale Außenpolitiktheorie die offensiv unilateral agierende DAP bei NS2 gut nachvollziehbar im Sinne einer rationalen Gewinnpolitik erklären.

Trotz aller bisheriger rationalistischer Überlegungen ist nicht auszuschließen, dass der Fall auch aus der Perspektive einer konstruktivistischen Außenpolitiktheorie erklärt werden könnte. Diese postuliert, dass staatliche Außenpolitik als normengerecht verstanden werden muss, da die außenpolitischen Entscheidungsträger eines Staates von internationalen und/oder innergesellschaftlichen Verhaltenserwartungen und Normen maßgeblich beeinflusst werden (Boekle, Rittberger & Wagner 1999, S. 31). Zu Beginn der NS2-Planungsvereinbarung 2015 wurden beide in der (Außen-)Energiepolitik federführende Exekutivorgane, das Bundeswirtschafts- und das Außenministerium, durch SPD-Politiker (Gabriel und Steinmeier) geleitet. Die SPD pflegt traditionell im Rahmen ihrer Ostpolitik die Idee *Wandel durch Annäherung* bzw. *Verflechtung* sowie das Konzept der *deutsch-russischen Modernisierungspartnerschaft* (Szabo 2018, S. 237). Zusätzlich sprachen sich auch die Wirtschaftsflügel beider Unionsparteien aufgrund der langjährigen positiven Erfahrungen – *die Sowjetunion hat selbst in schwierigen Zeiten pünktlich geliefert* – für eine Intensivierung der ökonomischen Beziehungen zu Russland aus (ebd.), sodass jetzt auch der SPD-nachfolgende CDU-Bundeswirtschaftsminister Altmaier

die Pipeline unterstützt. Derartige theoretische Implikationen müssen allerdings künftig erst durch eigene separate Studien genauer untersucht werden.

Nachdem die Analyseergebnisse resümiert und weitere potenzielle Erklärungsvarianten umrissen wurden, fehlt noch eine abschließende Antwort auf die eigentliche Forschungsfrage, in die die Fallstudie dieser Arbeit eingebettet ist, nämlich *wann Deutschland außenpolitisch ‚offensiv unilateral‘ aus dem transatlantischen Konsens mit den USA ausbricht*. Auf Basis der Ergebnisse dieser qualitativen Einzelfallstudie kann geschlussfolgert werden, dass sich Deutschland dann aus eigenem Antrieb von seinem transatlantischen Bündnispartner USA abwendet, wenn die einflussreichsten innerdeutschen Akteure ihre nutzenmaximierenden materiellen wie immateriellen Interessen in einer konfliktiven Situation mit den USA wirksamer realisieren können, als wenn sich Deutschland im Konsens mit den USA bewegen würde – ‚*Germany First*‘ im Sinne einer rationalen bzw. egoistischen Gewinnpolitik, dessen manifeste Entfaltung nicht, wie von Crawford und Olson (2017, S. 591) zunächst angenommen, an selbstauferlegten normativen Zwängen scheitert. Für eine allumfassende Generalisierung dieses Ergebnisses müssen jedoch weitere Studien zu mehreren Policy-Bereichen durchgeführt werden. Es sind insbesondere Fälle zu empfehlen, bei denen keine (privaten) materiellen Gewinne zur Disposition stehen, da hier das Falsifikationsrisiko utilitaristisch-liberaler Annahmen am höchsten erscheint.

Und wie geht es mit NS2 weiter? Nachdem die Bauarbeiten aufgrund des sanktionsbedingten Abzugs der Schweizer Verlegerschiffirma Allseas mehrere Monate ruhten, strebt Russland derzeit (Stand: Ende Mai 2020) an, die verbleibenden 6 % der Pipeline bis 2021 allein fertigzustellen (FAZ 2020), obgleich die Bundesnetzagentur einem aktuellen Gazprom-Antrag, NS2 gemäß den „Sonderregeln“ als Ausnahme von der EU-Gasrichtlinie in deutschen Hoheitsgewässern einzustufen, überraschenderweise – auch wider der utilitaristisch-liberalen Erwartung – nicht stattgegeben hat (Geinitz 2020) und im US-Kongress bereits über die nächste Sanktionswelle debattiert wird (Koch & Stratmann 2020).

## Literaturverzeichnis

- Bardt, H., Schaefer, T., Westphal, K., Wolf, A. & Zachmann, G. (2018). *Verwerfungen auf dem Energiemarkt – USA gegen Nord Stream 2: Weg zur amerikanischen Energiedominanz?* ifo Schnelldienst, 71 (17), 3-14.
- Baumann, R. (2002). *The Transformation of German Multilateralism: Changes in the Foreign Policy Discourse*. German Politics & Society, 20 (4), 1-26.
- Baumann, R. (2007). *Deutschland als Europas Zentralmacht*. In S. Schmidt, G. Hellmann & R. Wolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (S. 62-72). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Baumann, R., Hellmann, G. & Wagner, W. (2014). *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung* (Grundwissen Politik, 2., überarb. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Baumann, R., Rittberger, V. & Wagner, W. (1999). *Macht und Machtpolitik - Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung*. Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 6 (2), 245-286.
- Baumüller, M. (2016). *Stefan Kapferer - der neue Cheflobbyist der Energiebranche*. Süddeutsche Zeitung vom 12.01.2016. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/cheflobbyist-import-aus-paris-1.2814659>
- BDEW. (2019). *Kerstin Andreae ab 1. November 2019 neue Hauptgeschäftsführerin des BDEW*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.bdew.de/presse/presseinformationen/kerstin-andreae-ab-1-november-2019-neue-hauptgeschaeftsfuehrerin-des-bdew/>
- Bienen, D., Freund, C. & Rittberger, V. (1999). *Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus* (Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung, Bd. 33). Tübingen: Universität Tübingen.
- Boekle, H., Rittberger, V. & Wagner, W. (1999). *Normen und Außenpolitik - Konstruktivistische Außenpolitiktheorie* (Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung, Bd. 34). Tübingen: Universität Tübingen.
- Brummer, K. & Oppermann, K. (2019). *Außenpolitikanalyse*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg.
- Bundesagentur für Arbeit. (2020). *Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf, Entwicklung der Arbeitslosenquote, Deutschland und Bundesländer*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iiia4/laender-heft/laender-heft-d-0-xlsx.xlsx>
- Bundesforum Mittelstand. (2020). *Forsa-Umfrage zur Meinung der Deutschen: Russland als Wirtschaftspartner*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://bundesforum-mittelstand.de/forsa-umfrage-zur-meinung-der-deutschen-russland-als-wirtschaftspartner/>
- Bundesregierung. (2017). *Deutscher Bundestag Drucksache 19/283. Lobbyismus und Drehtür-Effekt beim Ostsee-Pipeline-Projekt Nord Stream*. Berlin: Deutscher Bundestag. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/002/1900283.pdf>
- Colucci, L. (2015). *Great Power Conflict: Will It Return?* World Affairs, 177 (5), 44-53.
- Crawford, B. & Olsen, K. B. (2017). *The Puzzle of Persistence and Power: Explaining Germany's Normative Foreign Policy*. German Politics, 26 (4), 591-608.

- Deutscher Bundestag. (2019). *Nahezu einhelliges Bekenntnis zur Gas-Pipeline Nord Stream 2*. Berlin: Deutscher Bundestag. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw23-de-aktuelle-stunde-nord-stream-646160>
- Deutscher Bundestag. (2020). *Parteienfinanzierung. Parteispenden über 50.000 €*. Berlin: Deutscher Bundestag. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.bundestag.de/parlament/presidium/parteienfinanzierung/fundstellen50000#>
- Duffield, J. S. (1999). *Political Culture and State Behavior: Why Germany Confounds Neorealism*. International Organization, 53 (4), 765-803.
- Dyson, T. (2016). *Energy Security and Germany's Response to Russian Revisionism: The Dangers of Civilian Power*. German Politics, 25 (4), 500-518.
- Ebert, H. & Flesmes, D. (2016). *Neue deutsche Außenpolitik: Netzwerke statt Allianzen*. GIGA Focus Global, 3.
- Enskat, S. (2015). *Kontinuität und Wandel. 25 Jahre „neue“ deutsche Außenpolitik und ihre Erforschung*. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 25 (4), 593-615.
- FAZ (2015a). *Merkel entschärft Gipfel-Erklärung zu Ostseepipeline*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.12.2015. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/energiestreit-merkel-entschaerft-gipfel-erklaerung-zu-ostseepipeline-13973452.html>
- FAZ (2015b). *Gabriel verteidigt Russland-Pipeline*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.12.2015. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nord-stream-2-gabriel-verteidigt-russland-pipeline-13975022.html>
- FAZ (2017a). *Merkel stellt sich an Gabriels Seite*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.06.2017. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kritik-an-russland-sanktionen-merkel-stellt-sich-an-gabriels-seite-15063660.html>
- FAZ (2017b). *EU-Kommission will Zuständigkeit für Nord Stream 2*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 01.07.2017. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/eu-kommission-macht-front-gegen-nord-stream-2-15086013.html>
- FAZ (2018). *Trumps Kampf gegen Pipeline - „Nicht akzeptabel!“*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.07.2018. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/amerikas-sanktionsdrohung-gegen-ostsee-pipeline-partner-15687205.html>
- FAZ (2019a). *Amerikas Botschafter droht deutschen Firmen mit Sanktionen*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.01.2019. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/amerikas-botschafter-droht-deutschen-firmen-mit-sanktionen-15986058.html>
- FAZ (2019b). *Altmaier lässt Grenell-Drohungen an sich abperlen*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.01.2019. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/nord-stream-2-peter-altmaier-laesst-drohungen-der-usa-abperlen-15994915.html>
- FAZ (2019c). *EU einigt sich auf Regeln für Nord Stream 2*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.02.2019. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/pipe-line-eu-einigt-sich-auf-regeln-fuer-nord-stream-2-16038476.html>
- FAZ (2019d). *Trump setzt Sanktionen gegen Nord-Stream-2-Bau in Kraft*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.12.2019. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/usa-donald-trump-unterzeichnet-sanktionen-gegen-bau-von-nord-stream-2-16546959.html>

- FAZ (2020, 27. Mai). *Nord Stream AG weist Drohungen Amerikas zurück*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.05.2020. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/nord-stream-ag-weist-drohungen-amerikas-zurueck-16788160.html>
- Fell, H.-J. & Traber, T. (2019). *Erdgas leistet keinen Beitrag zum Klimaschutz. Erdgasstudie 2019*. Berlin: Energy Watch Group.
- Forsberg, T. (2005). *German Foreign Policy and the War on Iraq: Anti-Americanism, Pacifism or Emancipation?* Security Dialogue, 36 (2), 213-231.
- Geinitz, C. (2020). *Der nächste Rückschlag für Nord Stream 2*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.05.2020. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-energie-und-umwelt/bundesnetzagentur-versetzt-nord-stream-2-einen-weiteren-schlag-16771206.html>
- Gschwend, T. & Schimmelfennig, F. (2007). *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: ein Dialog zwischen Theorie und Daten*. In T. Gschwend & F. Schimmelfennig (Hrsg.), *Forschungsdesign in der Politikwissenschaft. Probleme - Strategien - Anwendungen* (S. 13-35). Frankfurt am Main: Campus.
- Handelsblatt (2019). *Mehrheit der Deutschen hält Bau der Ostseepipeline Nord Stream 2 für richtig*. Handelsblatt vom 21.01.2019. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/umfrage-mehrheit-der-deutschen-haelt-bau-der-ostseepipeline-nord-stream-2-fuer-richtig/23891892.html?ticket=ST-4774679-PxHf9GlkaGwpKTLQ6i5d-ap1>
- Harnisch, S. (2000). *Deutsche Außenpolitik nach der Wende: Zivilmacht am Ende?* (Beitrag für den 21. DVPW-Kongress in Halle). Trier: Universität Trier.
- Harnisch, S. & Maull, H. M. (2001). *Germany as a Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic*. Manchester: Manchester University Press.
- Hellmann, G. (2002). *Sag beim Abschied leise Servus! Die Zivilmacht Deutschland beginnt, ein neues „Selbst“ zu behaupten*. Politische Vierteljahresschrift, 43 (3), 498-507.
- Hellmann, G. (2011). *Normatively Disarmed, But Self-Confident. German foreign policy 20 years after reunification*. IP - Global Edition (3), 45-51.
- Kappel, R. (2014). *Global Power Shifts and Germany's New Foreign Policy Agenda*. Strategic Analysis, 38 (3), 341-352.
- Klassen, J. (2015). *Hegemony in Question: US Primacy, Multi-Polarity and Global Resistance*. In T. Marois & L. Pradella (Hrsg.), *Polarizing Development. Alternatives to Neoliberalism and the Crisis* (S. 74-85). Pluto Press.
- Koch, M. & Stratmann, K. (2020). *US-Senatoren wollen Sanktionen gegen Nord Stream 2 ausweiten*. Handelsblatt vom 07.06.2020. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/international/gasversorgung-us-senatoren-wollen-sanktionen-gegen-nord-stream-2-ausweiten/25890350.html?ticket=ST-1974555-avdcCZM5xXIKQibAla2T-ap5>
- Lang, K.-O. & Westphal, K. (2016). *Nord Stream 2 – Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Einordnung* (SWP-Studie). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Lohmann, S. & Westphal, K. (2019). *US-Russland-Politik trifft europäische Energieversorgung* (SWP-Aktuell). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Machnig, M. (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Hrsg.). (2015). *Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat April 2015. Frage Nr. 201*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter [https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/media/documents/various/150508\\_verlinden\\_antw\\_breg\\_sf\\_gespraechstermine\\_erdgasindustrie\\_web.pdf](https://www.abgeordnetenwatch.de/sites/default/files/media/documents/various/150508_verlinden_antw_breg_sf_gespraechstermine_erdgasindustrie_web.pdf)

- Maier, R. (2018). *Bipolarity and the Future of U.S.-China Relations*. *Political Science Quarterly*, 133 (3), 497-525.
- Mauß, H. M. (2004). "Normalisierung" oder Auszehrung? *Deutsche Außenpolitik im Wandel*. Aus Politik und Zeitgeschichte, 54 (B 11), 17-23.
- Mauß, H. M. (2007). *Deutschland als Zivilmacht*. In S. Schmidt, G. Hellmann & R. Wolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (S. 73-84). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mauß, H. M. (2011). *Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos*. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 21 (1), 95-119.
- Mauß, H. M. (2015). *Deutsche Außenpolitik nach der »Review 2014«: Zivilmacht 2.0?* *Zeitschrift für Politik*, 62 (3), 323-341.
- Mauß, H. M. (2018). *Germany's Leadership in Europe: Finding Its New Role*. *Rising Powers Quarterly*, 3 (1), 87-110.
- Mayer, P., Rittberger, V. & Zelli, F. (2003). *Risse im Westen? Betrachtungen zum transatlantischen Verhältnis heute*. *Leviathan*, 31 (1), 32-52.
- Mearsheimer, J. J. (1990). *Back to the Future: Instability in Europe after the Cold War*. *International Security*, 15 (1), 5-56.
- Mearsheimer, J. J. (2001). *The Tragedy of Great Power Politics* (The Norton series in world politics, 1. ed.). New York, NY: Norton.
- Mihm, A. (2016). *RWE holt sich Hildegard Müller*. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11.01.2016. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/rwe-holt-sich-bdew-chefin-hildegard-mueller-14008189.html>
- Müller, U. (2018). *Friedbert Pflüger, Gas-Lobbyist mit Doppelrolle*. *Lobbycontrol*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.lobbycontrol.de/2018/07/friedbert-pflueger-gas-lobbyist-mit-doppelrolle/>
- Organization for Economic Cooperation and Development. (2020). *OECD Population indicator*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://data.oecd.org/pop/population.htm>
- Phoenix. (2019). *Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und US-Außenminister Pompeo am 08.11.19*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=nWdBtI4XCCc>
- Richter, W. (2018). *Erneuerung der nuklearen Abschreckung* (SWP-Aktuell). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Risse, T. (2004). *Kontinuität durch Wandel: Eine „neue“ deutsche Außenpolitik?* Aus Politik und Zeitgeschichte, 54 (B 11), 24-31.
- Rittberger, V. (2003). *Selbstentfesselung in kleinen Schritten? Deutschlands Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. *Politische Vierteljahresschrift*, 44 (1), 10-18.
- Rittberger, V. (2004). *Approaches to the study of foreign policy. Derived from international relations theories* (Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 46). Tübingen: Universität Tübingen.
- Rittberger, V. & Schimmelfennig, F. (1997). *Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. Realistische Prognosen auf dem Prüfstand - ein Tübinger Projekt* (Tübinger Arbeitspapiere zur internationalen Politik und Friedensforschung, Bd. 28). Tübingen: Universität Tübingen.

- Rittberger, V. & Wagner, W. (2001). *German Foreign Policy Since Unification - Theories Meet Reality*. In V. Rittberger (Ed.), *German foreign policy since unification. Theories and case studies* (pp. 299-325). Manchester: Manchester Univ. Press.
- Rittberger, V. & Zelli, F. (2003). *Europa in der Weltpolitik: Juniorpartner der USA oder antihegemoniale Alternative?* *Die Friedens-Warte*, 78 (2/3), 195-233.
- Roos, U. (2012). *Deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung: Zwischen ernüchtertem Idealismus und realpolitischem Weltordnungsstreben*. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 19 (2), 7-40.
- Rudolf, P. (2019). *Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt* (SWP-Studie). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Salzen, C. von (2017). *Wie Gerhard Schröder als Türöffner für Gazprom agiert*. *Der Tagesspiegel* vom 20.12.2017. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/pipeline-nord-stream-2-wie-gerhard-schroeder-als-tueroeffner-fuer-gazprom-agierte/20739366.html>
- Schrade, C. (1997). *Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 4 (2), 255-294.
- Schwarz, H. P. (1994). *Die Zentralmacht Europas. Die Rückkehr Deutschlands auf die Weltbühne*. Berlin.
- Schweller, R. (2011). *Emerging Powers in an Age of Disorder*. *Global Governance*, 17 (3), 285-297.
- Seeliger, A. (2018). *Energiepolitik. Einführung in die volkswirtschaftlichen Grundlagen*. München: Verlag Franz Vahlen GmbH.
- Siahamis, G. (2013). *German Foreign and Security Policy in the Era of Political Emancipation*. *Studia Diplomatica*, 66 (4), 95-110.
- Skidmore, D. (2005). *Understanding the Unilateralist Turn in U.S. Foreign Policy*. *Foreign Policy Analysis*, 1 (2), 207-228.
- Spiegel (2019). *Bundestag schafft Planungssicherheit für Nord Stream 2*. *Der Spiegel* vom 13.11.2019. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/nord-stream-2-bundestag-schafft-planungssicherheit-fuer-umstrittene-gaspipeline-a-1296373.html>
- Staack, M. (2000). *Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System*. Paderborn: Schöningh.
- Staack, M. (2007). *Deutschland als Wirtschaftsmacht*. In S. Schmidt, G. Hellmann & R. Wolf (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Außenpolitik* (S. 85-97). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder. (2020). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder VGRdL*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.statistik-bw.de/VGRdL/tbls/tab.jsp?rev=RV2019&tbl=tab01&lang=de-DE>
- Stockholm International Peace Research Institute. (2020). *SIPRI Military Expenditure Database. Military expenditure by country, in constant (2018) USD*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.sipri.org/databases/milex>
- Stratmann, K. (2019). *Bundesregierung erleichtert den Bau von LNG-Terminals*. *Handelsblatt* vom 26.03.2019. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energiepolitik-bundesregierung-erleichtert-den-bau-von-lng-terminals/24145452.html?ticket=ST-3786903-xUpQfkb5GRifPAMfhQvK-ap4>

- Szabo, S. F. (2018). *Different Approaches to Russia: The German–American–Russian Strategic Triangle*. *German Politics*, 27 (2), 230-243.
- Umbach, F. (2011). *Deutsche Außenpolitik und Energiesicherheit*. In T. Jäger, A. Höse & K. Oppermann (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen* (2., aktualisierte und erweiterte Auflage, S. 370-393). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden.
- Van Oudenaren, J. (2013). *Transatlantic Bipolarity and the End of Multilateralism*. *Political Science Quarterly*, 120 (1), 1-32.
- World Bank. (2020a). *Armed forces personnel, total*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://data.worldbank.org/indicator/MS.MIL.TOTL.P1?end=2017&locations=US-DE-GB-RU-CN-FR-JP&start=2009&view=chart>
- World Bank. (2020b). *Exports of goods and services (current US\$)*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://data.worldbank.org/indicator/NE.EXP.GNFS.CD?end=2018&locations=GB-US-DE-JP-CN-FR-RU&start=2009&view=chart>
- World Bank. (2020c). *GDP (current US\$)*. Zugriff am 09.07.2020. Verfügbar unter <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD?end=2018&locations=GB-US-JP-DE-FR-CN-RU&start=2009&view=chart>
- Zangl, B. & Zürn, M. (1994). *Theorien des rationalen Handelns in den Internationalen Beziehungen*. In V. Kunz & U. Druwe (Hrsg.), *Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen* (S. 81-111). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

## Anhang

Tabelle 2: Militärausgaben (in Milliarden US-Dollar; Preiskonstante von 2018)

Jahr	FRA	GB	USA	RU	CH	JAP	D	D relativ zu FRA, GB, JAP, CH, RU, USA	D relativ zu USA
2009	53,00	59,77	826,3	48,22	136,8	45,47	44,07	3,63%	5,06%
2010	50,48	58,96	849,9	49,20	143,9	45,63	44,47	3,58%	4,97%
2011	48,98	56,81	839,8	52,51	155,2	46,24	43,28	3,48%	4,90%
2012	48,23	54,52	793,2	60,84	168,5	45,69	43,65	3,59%	5,22%
2013	47,92	52,36	732,1	63,80	184,2	45,49	41,98	3,59%	5,42%
2014	48,75	51,00	687,1	68,38	200,0	45,98	41,03	3,59%	5,64%
2015	50,08	49,84	671,5	73,69	213,5	46,79	40,89	3,57%	5,74%
2016	52,03	49,91	669,4	79,01	225,6	46,51	43,78	3,75%	6,14%
2017	52,71	49,41	662,6	63,65	238,5	46,54	45,34	3,91%	6,40%
2018	51,41	49,89	682,5	61,39	253,5	46,62	46,51	3,90%	6,38%
2019	50,12	48,65	731,8	65,10	261,1	47,61	49,28	3,93%	6,31%

Quelle: Stockholm International Peace Research Institute (2020): *Military Expenditure Database*

Tabelle 3: Truppenstärke

("active-duty military personnel including supporting paramilitary forces" in Tausend)

Jahr	FRA	GB	USA	RU	CH	JAP	D	D relativ zu FRA, GB, JAP, CH, RU, USA	D relativ zu USA
2009	342	178	1.564	1.495	2.945	260	251	3,57%	13,85%
2010	342	174	1.569	1.430	2.945	260	251	3,60%	13,79%
2011	332	166	1.520	1.364	2.945	260	196	2,89%	11,42%
2012	326	169	1.492	1.364	2.993	260	186	2,74%	11,08%
2013	318	159	1.433	1.260	2.993	260	182	2,75%	11,24%
2014	312	155	1.381	1.287	2.993	260	179	2,72%	11,45%
2015	306	152	1.347	1.490	2.843	260	177	2,69%	11,61%
2016	306	150	1.348	1.454	2.695	261	179	2,80%	11,72%
2017	307	148	1.359	1.454	2.695	261	180	2,81%	11,70%
2018	-	-	-	-	-	-	-	-	-
2019	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: World Bank (2020a): *Armed forces personnel, total*; keine Daten für 2018 und 2019 verfügbar

Tabelle 4: Bruttoinlandsprodukt (in Milliarden US-Dollar; Preiskonstante von 2020)

Jahr	FRA	GB	USA	RU	CH	JAP	D	D relativ zu FRA, GB, JAP, CH, RU, USA	D relativ zu USA
2009	2.690	2.411	14.449	1.223	5.102	5.231	3.398	9,85%	19,04%
2010	2.643	2.475	14.992	1.525	6.087	5.700	3.396	9,22%	18,47%
2011	2.861	2.475	15.543	2.052	7.552	6.157	3.744	9,27%	19,41%
2012	2.684	2.705	16.497	2.210	8.532	6.203	3.527	8,33%	17,61%
2013	2.811	2.786	16.785	2.297	9.570	5.156	3.733	8,65%	18,19%
2014	2.852	3.064	17.522	2.060	10.439	4.850	3.884	8,69%	18,14%
2015	2.438	2.929	18.219	1.364	11.016	4.389	3.361	7,69%	15,57%
2016	2.471	2.694	18.707	1.283	11.138	4.927	3.467	7,76%	15,64%
2017	2.586	2.666	19.485	1.579	12.143	4.860	3.657	7,78%	15,80%
2018	2.778	2.855	20.544	1.658	13.608	4.971	3.948	7,84%	16,12%
2019	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: World Bank (2020c): GDP (current US\$); keine Daten für 2019 verfügbar

Tabelle 5: Exporte (in Milliarden US-Dollar; Preiskonstante von 2020)

Jahr	FRA	GB	USA	RU	CH	JAP	D	D relativ zu FRA, GB, JAP, CH, RU, USA	D relativ zu USA
2009	668,1	635,8	1.582	341,6	1.263	655,0	1.295	20,11%	45,01%
2010	707,9	699,9	1.846	445,5	1.655	857,1	1.446	18,88%	43,92%
2011	813,3	816,4	2.103	574,0	2.006	919,0	1.687	18,92%	44,51%
2012	783,8	810,8	2.191	594,2	2.175	902,2	1.633	17,96%	42,70%
2013	825,5	834,5	2.273	592,5	2.354	820,6	1.695	18,04%	42,72%
2014	846,1	873,2	2.372	558,3	2.463	850,8	1.772	18,20%	42,76%
2015	745,9	809,8	2.267	397,5	2.362	773,0	1.574	17,63%	40,98%
2016	747,5	766,2	2.221	330,1	2.200	800,7	1.596	18,43%	41,81%
2017	797,1	809,6	2.357	411,3	2.424	863,8	1.733	18,44%	42,37%
2018	870,4	856,8	2.510	509,6	2.656	917,1	1.872	18,37%	42,72%
2019	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: World Bank (2020b): Exports of goods and services (current US\$); keine Daten für 2019 verfügbar

*Tabelle 6: Bevölkerungszahl (Staatsangehörige und "aliens permanently settled" in Millionen)*

<b>Jahr</b>	<b>FRA</b>	<b>GB</b>	<b>USA</b>	<b>RU</b>	<b>CH</b>	<b>JAP</b>	<b>D</b>	<b>D relativ zu FRA, GB, JAP, CH, RU, USA</b>	<b>D relativ zu USA</b>
<b>2009</b>	64,5	62,3	306,8	141,9	1352,1	128,0	81,9	3,83%	21,07%
<b>2010</b>	64,8	62,8	309,3	142,4	1359,8	128,1	81,8	3,81%	20,91%
<b>2011</b>	65,1	63,3	311,6	143,0	1367,5	127,8	80,3	3,72%	20,49%
<b>2012</b>	65,4	63,7	313,9	143,2	1375,2	127,6	80,4	3,71%	20,40%
<b>2013</b>	65,7	64,1	316,1	143,5	1382,8	127,4	80,6	3,70%	20,33%
<b>2014</b>	66,3	64,6	318,4	143,8	1390,1	127,2	81,0	3,70%	20,28%
<b>2015</b>	66,5	65,1	320,7	144,1	1397,0	127,1	81,7	3,71%	20,30%
<b>2016</b>	66,7	65,6	323,1	144,3	1403,5	126,9	82,3	3,72%	20,31%
<b>2017</b>	66,8	66,0	325,1	144,5	1409,5	126,7	82,7	3,72%	20,27%
<b>2018</b>	66,9	66,4	327,2	144,9	1415,0	126,4	82,9	3,72%	20,22%
<b>2019</b>	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: Organization for Economic Cooperation and Development (2020): *OECD Population indicator*;  
keine Daten für 2019 verfügbar